

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 55. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am  
28.05.2014**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Festsaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 14:00 Uhr bis 19:16 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### Anwesend sind:

Herr Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Herr Harald Bartl	parteilos	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	bis 17:50 Uhr
Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Lothar Dieringer	parteilos	ab 14:39 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	ab 15:54 Uhr
Herr Frank Sänger	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	ab 15:00 Uhr bis 20:04 Uhr
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Michael Sprung	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE	bis 20:43 Uhr
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE	
Frau Birgit Leibrich	parteilos	ab 14:10 Uhr bis 19:34 Uhr
Herr Bertolt Marquardt	DIE LINKE	bis 20:40 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE	
Herr Rudenz Schramm	parteilos	ab 14:53 Uhr
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE	ab 14:10 Uhr
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE	bis 19:32 Uhr
Herr Robert Bonan	parteilos	ab 14:05 Uhr
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	ab 16:52 Uhr
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Frau Katharina Hintz	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	
Frau Beate Fleischer	FDP	bis 18:48 Uhr
Herr Andreas Hajek	FDP	bis 20:40 Uhr
Herr Gerry Kley	FDP	
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität	bis 18:32 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Martin Bauersfeld	parteilos	
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	ab 14:15 Uhr
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	bis 15:45 Uhr
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	bis 18:34 Uhr
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Christian Feigl	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	bis 20:16 Uhr

Herr Dietmar Weihrich  
Herr Olaf Sieber  
Herr Gerhard Pitsch

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
parteilos  
NPD

ab 14:36 Uhr  
ab 17:00 Uhr

Herr Egbert Geier  
Frau Judith Marquardt  
Herr Tobias Kogge  
Herr Wolfram Neumann  
Frau Sabine Ernst  
Herr Oliver Paulsen  
Herr Marco Schreyer  
Frau Anja Schneider  
Herr Lars Loebner  
Frau Angelika Foerster

Bürgermeister  
Beigeordnete  
Beigeordneter  
Beigeordneter  
Verwaltung  
Verwaltung  
Verwaltung  
Verwaltung  
Verwaltung  
Verwaltung

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Roland Hildebrandt  
Herr Uwe Heft  
Herr Swen Knöchel  
Herr René Trömel  
Herr Dr. Karamba Diaby  
Frau Elisabeth Krausbeck

CDU  
parteilos  
DIE LINKE  
DIE LINKE  
SPD  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Uwe Stäglin

Beigeordneter

## zu **Einwohnerfragestunde**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, begrüßte die Bürgerinnen und Bürger sowie die Damen und Herren Stadträte zur 55. öffentlichen Stadtratssitzung und eröffnete die Einwohnerfragestunde.

### **Herr Horst Mühlbach zur Anlegung eines Rad- und Fußweges**

---

**Herr Mühlbach** erinnerte an seine im Mai vorigen Jahres gestellte Anfrage zum Rad- und Fußweg vom Wickenweg zu den Posthornteichen. Dazu habe es schon am 24.05.2006 einen mehrheitlich beschlossenen Stadratsbeschluss gegeben.

**Herr Mühlbach** habe eine Summe von 5.000 Euro als Spende für den Bau des Rad- und Fußweges angeboten, was abgelehnt wurde.

Er zitierte aus dem damaligen Schreiben der Verwaltung an ihn: „Für die Fortführung des Weges außerhalb des Bebauungsgebietes werden Grundstücke benötigt, die nicht im Eigentum der Stadt sind. Unsere Planvorstellungen sind demnach von den Vorstellungen des benachbarten Grundstückseigentümers zur zukünftigen Entwicklung seiner Flächen abhängig. Allerdings stehen mittelfristig im städtischen Haushalt auch keine Mittel für den Ankauf benötigter Grundstücke zur Verfügung, da eine besondere Priorität zur Realisierung der Wegeführung nicht nachgewiesen werden kann und im Bereich der Frohen Zukunft der Einsatz von Fördermitteln nicht möglich ist.“

Desweiteren habe ihm die Verwaltung mitgeteilt, dass der Weg Freizeitcharakter habe.

Bezüglich der Finanzierung machte **Herr Mühlbach** den Vorschlag, dass bei der Stadt ein Spendenkonto eingerichtet werden sollte, auf welchem alle Stadträte, die damals dem Beschluss zugestimmt hätten, eine Spende von 1.000 Euro einzahlen könnten.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, wies darauf hin, dass die Stadt keine finanziellen Mittel dafür habe, einen Grunderwerb durchzuführen. Er werde aber mit dem Land dahingehend verhandeln, ob ein Grundstückstausch durchgeführt werden kann.

### **Herr Wolfgang Meissner zum Künstlerhaus 188**

---

**Herr Meissner** sprach sich gegen die Unterschutzstellung des Künstlerhauses 188 durch das Kultusministerium des Landes aus und plädierte für den Abriss des Gebäudes.

Er begründete seine Einstellung damit, dass das ehemalige Schulgebäude leer steht und nicht mehr für schulische Zwecke genutzt wird. Ebenso werde das jetzige Künstlerhaus 188 aus wirtschaftlichen Gründen vom Künstlerhausverein nicht mehr genutzt.

Die Erhaltung des Gebäudes verursache der Stadt trotz Leerstand laufende Kosten und der Erhalt des Gebäudes stehe einer vernünftigen Verkehrsplanung im Rahmen des Stadtbahnprogrammes im Weg. Dadurch gefährde die Stadt die Einnahme von Bundesfördermitteln gemäß Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz für die Baumaßnahmen im Böllberger Weg.

**Herr Meissner** fragte nach den Vorstellungen der Stadt und des Stadtrates zu den weiteren Verhandlungen mit dem Land.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** informierte darüber, dass im nicht öffentlichen Teil der Stadtratssitzung ausführlich zu diesem Thema diskutiert werden soll. Aus diesem Grund könne die Frage jetzt noch nicht beantwortet werden.

### **Herr Dr. Udo Schumann zur baulichen Unterhaltung der Hochstraße**

---

**Herr Dr. Schumann**, sprach als Mitglied des Bürgervereins Stadtgestaltung Halle, das Thema Hochstraße an. Er wies darauf hin, dass sein Verein stets auf die Effizienz der Hochstraße als gegenwärtig unverzichtbaren Bestandteil des halleschen Straßennetzes hingewiesen und sich für die umgehende Durchführung der planmäßigen Unterhaltungsarbeiten, die gesetzlich vorgeschrieben sind, eingesetzt habe.

In einer Bürgerbefragung über das Internet habe man 4.257 befürwortende Unterschriften gesammelt, die den Erhalt der Hochstraße und die notwendigen Unterhaltungsarbeiten fordern.

**Herr Dr. Schumann** übergab die Unterschriftenliste an den Stadtratsvorsitzenden.

Der Bürgerverein Stadtgestaltung fordere den Stadtrat auf, die notwendigen finanziellen Mittel für die Unterhaltung sofort und zügig für 2015 in den Haushalt der Stadt einstellen zu lassen.

**Herr Dr. Schumann** begründete dies damit, dass die Stadt ausreichend Zeit für die Erarbeitung und bauliche Schaffung mindestens einer gleich leistungsfähigen Alternative für den Verkehr auf der Trasse brauche. Aus Sicht des Bürgervereins seien aus den bisherigen Erfahrungen mindestens 20 – 30 Jahre erforderlich.

Wenn zugelassen werde, dass ein plötzliches Versagen der Trasse eintrete, werde vor allem die Attraktivität der gesamten Stadt für eine Weiterentwicklung auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet fraglich.

Im Namen des Bürgervereins Stadtgestaltung bat er die Stadträte darum, die befürwortenden Unterschriften in die Beschlüsse des Stadtrates bzw. in Aufträge an die Verwaltung der Stadt umzusetzen.

### **Herr Torsten Fritz zum TOP 10.2 - Quartalsbericht Stadtbahnprogramm**

---

**Herr Fritz** bezog sich auf die Informationsvorlage zum Tagesordnungspunkt 10.2 – Quartalsbericht Stadtbahnprogramm. Darin werde im ersten Absatz unter Punkt 1 aufgeführt, dass die ersten Fördermittelanträge nach Vorlage der Bescheide im Dezember 2013 gestellt, die Fördermittel bewilligt und noch im laufenden Jahr abgerechnet werden.

In diesem Zusammenhang fragte er nach, um welche Fördermittel und Teilprojekte es sich handelt und welche Teilmaßnahmen schon mit Förderbescheiden gefördert worden sind.

Desweiteren fragte **Herr Fritz** nach, weshalb die Diskussion zum Künstlerhaus 188 im nicht öffentlichen Teil geführt werde.

Bezüglich der Frage zum Künstlerhaus 188 informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass es um Grundstücksangelegenheiten und eine mögliche Klage gegen die Aufsichtsbehörde gehe. Da dabei berechnigte Interessen Dritter betroffen sind, sei nur eine Diskussion im nicht öffentlichen Teil möglich.

Zu den Anfragen und weiteren Informationen zum Quartalsbericht Stadtbahnprogramm bot **Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, eine schriftliche Zuarbeit für Herrn Fritz an.

### **Herr Rodney Thomas zum Stadtbahnprogramm**

---

**Herr Thomas** bezog sich in seiner Anfrage auf die Umleitungspläne zur Lessingstraße und Jahnstraße.

Im Januar habe er schon eine Anfrage dazu gestellt und von Herrn Beigeordneten Stäglin die Antwort erhalten, dass es Veranstaltungen mit den Einwohnern geben soll. In den Monaten Februar bis März hätten keine Veranstaltungen mit den Bürgern stattgefunden und **Herr Thomas** fragte nach den Terminen für Bürgerveranstaltungen bzw. wann Informationen an die Bürger erfolgen werden.

**Herr Loebner, Fachbereichsleiter Planen**, teilte mit, dass die Umleitungskonzeption auf der Internetseite der HAVAG zum Stadtplanprojekt online stehe und es sich bei der Lessingstraße momentan um notwendige Leitungsverlegungen handelt. Zur Frage nach den schriftlichen Informationen an die betroffenen Bürger konnte **Herr Loebner** keine Angaben machen und schlug eine schriftliche Information an Herrn Thomas vor.

Desweiteren teilte er mit, dass es seit Juli 2012 mehrere Veranstaltungen, auch mit der Vorstellung des gesamten Projektes gegeben habe. Zur letzten rechtlich relevanten Veranstaltung, dem Anhörungsverfahren zur Lessingstraße, hätte es über 70 Einwendungen gegeben, welche zur Veranstaltung gehört worden sind.

**Herr Thomas** bat darum, bei kommenden Veranstaltungen rechtzeitig die Bürger schriftlich darüber zu informieren.

### **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die 55. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald Bartl**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig sind 41 Mitglieder des Stadtrates (73,21 %) anwesend.

## zu 2      **Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- 6.1      Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2013/12089  
*Wurde im Finanzausschuss vertagt.*
- 6.1.1    Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2014/12422
- 6.1.2    Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale); Vorlagen-Nummer V/2013/12089  
Vorlage: V/2014/12421
- 6.1.3    Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage "Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)" - V/2013/12089  
Vorlage: V/2014/12579
- 6.1.4    Änderungsantrag des Stadtrates Bernhard Bönisch (CDU) zur Vorlage: - Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) - Vorlagen-Nr.: V/2013/12089  
Vorlage: V/2014/12698
- 6.2      Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH - Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung  
Vorlage: V/2013/12291  
*Wurde im Finanzausschuss vertagt.*
- 6.2.1    Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH - Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung (V/2013/12291)  
Vorlage: V/2014/12767
- 6.5      Feststellung der Jahresrechnung 2012 und Entlastung des Oberbürgermeisters  
Vorlage: V/2014/12764  
*Wurde im Rechnungsprüfungsausschuss vertagt.*
- 6.16     Bürgerhaushalt Vorschlag B-28 Um-/Ausbau des Gimritzer Dammes (Straße)  
Vorlage: V/2014/12466  
*Wurde von der Verwaltung vertagt.*
- 7.2      Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zur Vernässung auf dem Dautzsch  
Vorlage: V/2014/12620  
*Wurde im Finanzausschuss vertagt.*
- 7.2.1    Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zur Vernässung auf dem Dautzsch (V/2014/12620)  
Vorlage: V/2014/12858

- 7.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) - Richtlinie zur einheitlichen Gestaltung von Radverkehrsanlagen  
Vorlage: V/2014/12602  
*Wurde in den Fachausschüssen vertagt.*
- 7.5 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu einem Parkraumkonzept im Paulusviertel  
Vorlage: V/2014/12596  
*Wurde im Finanzausschuss vertagt.*
- 7.5.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu einem Parkraumkonzept im Paulusviertel  
Vorlage: V/2014/12797  
*Wurde abgesetzt, Änderungen vom Antragsteller übernommen*
- 7.5.1.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu einem Parkraumkonzept im Paulusviertel  
Vorlage: V/2014/12861  
*Wurde abgesetzt, Änderungen vom Antragsteller übernommen*
- 7.5.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu einem Parkraumkonzept im Paulusviertel (V/2014/12596)  
Vorlage: V/2014/12851  
*Wurde im Finanzausschuss vertagt.*
- 7.8 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Thema Wirtschaftsförderung auf der Internetseite der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2014/12622  
*Wurde durch den Antragsteller vertagt.*
- 7.12 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiterentwicklung des Halle-Pass  
Vorlage: V/2014/12741  
*Wurde im Nachgang in den Sozialausschuss verwiesen.*
- 7.12.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiterentwicklung des Halle-Pass (Vorlagen-Nr.: V/2014/12741)  
Vorlage: V/2014/12790
- 8.6 Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Absicherung des Ballsports (Basketball und Handball)  
Vorlage: V/2014/12637  
*Wurde im Sportausschuss vertagt.*

**Herr Bartl** informierte, dass nachfolgende Änderungen bzw. Ergänzungen vorliegen:

- 6.3 Besetzung des Engagement-Beirates  
Vorlage: V/2014/12691  
*Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor.*
- 6.3.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage "Besetzung des Engagement-Beirates" (Vorlagen-Nr.: V/2014/12691)  
Vorlage: V/2014/12847



- 6.15 Bürgerhaushalt Vorschlag B-20 Eine Bank an jede Haltestelle der HAVAG  
Vorlage: V/2014/12465  
*Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor.*
- 6.15.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage  
Bürgerhaushalt Vorschlag B-20 Eine Bank an jede Haltestelle der HAVAG (Vorlagen-Nr.:  
V/2014/12465)  
Vorlage: V/2014/12873
- 6.19 Neuerrichtung eines lizenzierten Leistungszentrums für den weiblichen und männlichen  
Nachwuchs des Hallesche Fußballclubs e. V. am Standort Silberhöhe, 7. Wohnkomplex  
Vorlage: V/2014/12541  
*Hierzu wurden Unterlagen nachgereicht.*
- 8.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Stadtratsfraktion und der  
Fraktion DIE LINKE - Halle (Saale) wird Fairtrade-Stadt  
Vorlage: V/2014/12794  
*Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor.*
- 8.10.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN, der SPD-Stadtratsfraktion und der Fraktion DIE LINKE - Halle (Saale) wird  
Fairtrade-Stadt (V/2014/12794)  
Vorlage: V/2014/12865

**Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion,** beantragte, den Tagesordnungspunkt

- 7.13 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbenennung der Emil-  
Abderhalden-Straße  
Vorlage: V/2010/08828
- 7.13.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN zur Umbenennung der Emil-Abderhalden-Straße (Vorlagen-Nummer:  
V/2010/08828)  
Vorlage: V/2013/12347

von der Tagesordnung zu nehmen und in die nächste Stadtratssitzung zu vertagen.

Sie begründete dies damit, dass der Stadtrat den Antrag in den Kulturausschuss verwiesen und man dort beschlossen hatte, abzuwarten, bis das Gutachten der Leopoldina vorliege. Im April wurde die Arbeit dazu abgeschlossen und es fehle nur noch die Veröffentlichung.

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90 – DIE GRÜNEN,** merkte an, dass das Vorliegen des Antrages an der Stellungnahme des Landesverwaltungsamtes liege, in welcher festgestellt wurde, dass es nicht sein könne, dass ein Antrag nicht innerhalb einer Legislaturperiode inhaltlich zur Debatte komme. Aus diesem Grund liege der Antrag heute vor und laut der Interpretation könne dieser nicht einfach wieder von der Tagesordnung abgesetzt werden. Er müsse zumindest an der vorbezeichneten Stelle der Tagesordnung aufgerufen werden.

**Herr Schreyer, Fachbereichsleiter Recht,** teilte mit, dass im Rat keine Absetzung des Antrages beschlossen wurde, sondern eine Vertagung.

Und bei einer Vertagung habe das Landesverwaltungsamt die Auffassung vertreten, dass es nach der Geschäftsordnung des Stadtrates zwingend erforderlich sei, dass der Antragsteller seinen Antrag begründet und erläutert. Dies sollte heute möglich gemacht werden, bevor eine Entscheidung zur Vertagung getroffen werde.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates** teilte mit, dass er sich den Ausführungen von Herrn Schreyer anschließt und der Tagesordnungspunkt 7.13, wie vorgesehen, aufgerufen werden soll.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, machte deutlich, dass er die Auffassung der CDU-Fraktion teile.

Im Zusammenhang mit dem Antrag habe man eine Rechtsauskunft erbeten zum Thema Campus und bis heute liege noch keine schriftliche Erörterung dazu vor. Seine Fraktion überstütze den Antrag auf Vertagung. Dies sei notwendig, da im Stadtrat nicht umfassend dazu diskutiert werden könne.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, machte den Vorschlag, den Antrag auf der Tagesordnung zu belassen und diesen erst nach Aufruf zu vertagen.

Abschließend bat **Herr Bartl** um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Frau Dr. Bergner auf Vertagung.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

Vorlage: V/2010/08828

Damit wurde der Tagesordnungspunkt 7.13 von der Tagesordnung genommen und auf die nächste Stadtratssitzung im Juni vertagt.

**Herr Krause** bezog sich auf den Tagesordnungspunkt

7.9 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Erstellung einer Analyse über die Leistungsfähigkeit der Saalesparkasse  
Vorlage: V/2014/12753

und wies darauf hin, dass von der Verwaltung eine Darlegung dahingehend zugesichert wurde, ob dieser zulässig sei oder nicht. Seine Fraktion vertrete die Auffassung, dass der Antrag nicht zulässig wäre, da der Stadtrat nicht zuständig sei.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies auf die vorliegende Antwort der Verwaltung mit der Aussage der Unzulässigkeit des Antrages. **Herr Krause** stellte den Antrag auf Absetzung von der Tagesordnung.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, informierte darüber, dass seine Fraktion der Absetzung des Antrages nicht zustimme.

**Herr Bartl** teilte daraufhin mit, dass auf Grund der Nichtzustimmung zur Absetzung des Antrages durch die einreichende Fraktion, dieser auf der Tagesordnung verbleiben müsse.

In Bezug auf den Antrag wies **Herr Misch, CDU-Fraktion**, darauf hin, dass es nicht möglich sein könne, dass ein gesetzwidriger Antrag im Einvernehmen auf die Tagesordnung gesetzt werde. In Rücksprache mit dem Landesverwaltungsamt habe er die Auskunft erhalten, dass ein Antrag nur zurückgenommen werden könne, wenn der Einreicher damit einverstanden sei.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 30.04.2014
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 30.04.2014
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Beschlussvorlagen
  - 6.1 *Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)*  
Vorlage: V/2013/12089 vertagt
  - 6.1.1 *Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)*  
Vorlage: V/2014/12422 vertagt
  - 6.1.2 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale); Vorlagen-Nummer V/2013/12089*  
Vorlage: V/2014/12421 vertagt
  - 6.1.3 *Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage "Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)" - V/2013/12089*  
Vorlage: V/2014/12579 vertagt
  - 6.1.4 *Änderungsantrag des Stadtrates Bernhard Bönisch (CDU) zur Vorlage: - Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) - Vorlagen-Nr.: V/2013/12089*  
Vorlage: V/2014/12698 vertagt
  - 6.2 *Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH - Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung*  
Vorlage: V/2013/12291 vertagt
  - 6.2.1 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH - Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung (V/2013/12291)*  
Vorlage: V/2014/12767 vertagt
  - 6.3 Besetzung des Engagement-Beirates  
Vorlage: V/2014/12691
  - 6.3.1 *Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage "Besetzung des Engagement-Beirates" (Vorlagen-Nr.: V/2014/12691)*  
Vorlage: V/2014/12847

- 6.4 Jahresabschluss 2012 der Stadion Halle Betriebs GmbH  
Vorlage: V/2014/12760
- 6.5 *Feststellung der Jahresrechnung 2012 und Entlastung des Oberbürgermeisters*  
Vorlage: V/2014/12764 vertagt
- 6.6 Bürgerhaushalt Vorschlag B-53 Benutzungsgebühren gewerbliche Nutzung der Straße durch Gaststätten etc.  
Vorlage: V/2014/12436
- 6.7 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 161 „Wohnquartier Niemeyerstraße“ - Abwägungsbeschluss  
Vorlage: V/2014/12442
- 6.8 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 161 „Wohnquartier Niemeyerstraße“ - Satzungsbeschluss  
Vorlage: V/2014/12443
- 6.9 Baubeschluss Schnittstellenprojekt S-Bahnhof Nietleben  
Vorlage: V/2014/12450
- 6.10 Baubeschluss Freiflächengestaltung Steintor  
Vorlage: V/2014/12525
- 6.11 1. Änderung zur Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) vom 14.12.2011  
Vorlage: V/2014/12570
- 6.12 Bürgerhaushalt Vorschlag B-7 Radwege in Halle-Süd  
Vorlage: V/2014/12462
- 6.13 Bürgerhaushalt Vorschlag B-9 Budget für Radverkehr  
Vorlage: V/2014/12463
- 6.14 Bürgerhaushalt Vorschlag B-16 Einbahnstraßenregel  
Vorlage: V/2014/12464
- 6.15. Bürgerhaushalt Vorschlag B-20 Eine Bank an jede Haltestelle der HAVAG  
Vorlage: V/2014/12465
- 6.15.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Bürgerhaushalt Vorschlag B-20 Eine Bank an jede Haltestelle der HAVAG (Vorlagen-Nr.: V/2014/12465)  
Vorlage: V/2014/12873
- 6.16 *Bürgerhaushalt Vorschlag B-28 Um-/Ausbau des Gimritzer Dammes (Straße)*  
Vorlage: V/2014/12466 vertagt
- 6.17 Bürgerhaushalt Vorschlag B-67 Radwege  
Vorlage: V/2014/12470
- 6.18 Bürgerhaushalt Vorschlag B-75 Kosten- und Aufwand-Reduzierung bei städtischen Bauvorhaben  
Vorlage: V/2014/12471

- 6.19 Neuerrichtung eines lizenzierten Leistungszentrums für den weiblichen und männlichen Nachwuchs des Hallesche Fußballclubs e. V. am Standort Silberhöhe, 7. Wohnkomplex  
Vorlage: V/2014/12541
- 6.20 Bildung eines Hochwasserschutzbeirates  
Vorlage: V/2014/12839
- 6.20.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Bildung eines Hochwasserschutzbeirates (Vorlage-Nr.: V/2014/12839)  
Vorlage: V/2014/12880
7. Wiedervorlage
- 7.1 Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zur stärkeren Nutzung der Bahninvestitionen für die Stadtentwicklung  
Vorlage: V/2014/12461
- 7.1.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zur stärkeren Nutzung der Bahninvestitionen für die Stadtentwicklung (V/2014/12461)  
Vorlage: V/2014/12715
- 7.2 *Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zur Vernässung auf dem Dautzsch*  
Vorlage: V/2014/12620 vertagt
- 7.2.1 *Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zur Vernässung auf dem Dautzsch (V/2014/12620)*  
Vorlage: V/2014/12858 vertagt
- 7.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Erhaltungssatzungen der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2014/12498
- 7.4 *Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) - Richtlinie zur einheitlichen Gestaltung von Radverkehrsanlagen*  
Vorlage: V/2014/12602 vertagt
- 7.5 *Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu einem Parkraumkonzept im Paulusviertel*  
Vorlage: V/2014/12596 vertagt
- 7.5.1 *Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu einem Parkraumkonzept im Paulusviertel*  
Vorlage: V/2014/12797 abgesetzt
- 7.5.1.1 *Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu einem Parkraumkonzept im Paulusviertel*  
Vorlage: V/2014/12861 abgesetzt
- 7.5.2 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu einem Parkraumkonzept im Paulusviertel (V/2014/12596)*  
Vorlage: V/2014/12851 vertagt

- 7.6 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Ausbau der Internetgeschwindigkeit in der Stadt  
Vorlage: V/2014/12617
- 7.7 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Entwicklung einer Schulhofkonzeption für die kommunalen Schulen  
Vorlage: V/2014/12616
- 7.8 *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Thema Wirtschaftsförderung auf der Internetseite der Stadt Halle (Saale)*  
Vorlage: V/2014/12622 vertagt
- 7.9 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Erstellung einer Analyse über die Leistungsfähigkeit der Saalesparkasse  
Vorlage: V/2014/12753
- 7.10 Antrag des Stadtrates Manfred Sommer (MitBÜRGER für Halle) für das Areal An der Spitze  
Vorlage: V/2014/12531
- 7.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung der Aufwertung der Saaleufer  
Vorlage: V/2012/10617
- 7.12 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiterentwicklung des Halle-Pass*  
Vorlage: V/2014/12741 vertagt
- 7.12.1 *Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiterentwicklung des Halle-Pass (Vorlagen-Nr.: V/2014/12741)*  
Vorlage: V/2014/12790 vertagt
- 7.13 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbenennung der Emil-Abderhalden-Straße*  
Vorlage: V/2010/08828 vertagt
- 7.13.1 *Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbenennung der Emil-Abderhalden-Straße (Vorlagen-Nummer: V/2010/08828)*  
Vorlage: V/2013/12347 vertagt
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) in das Dual Career Netzwerk Mitteldeutschland  
Vorlage: V/2014/12801
- 8.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Behandlung von "Hochwasserhilfen im Haushalt"  
Vorlage: V/2014/12817
- 8.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Aufwertung der Gesamtanlage um den Taubenbrunnen in Halle-Neustadt  
Vorlage: V/2014/12818

- 8.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Neuausrichtung und Umsetzung eines verwaltungsinternen Immobilienmanagements  
Vorlage: V/2014/12821
- 8.5 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Vorlage einer Beschlussvorlage zur Änderung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes der Stadt Halle (Saale) und zur Ausweisung eines Nahversorgungszentrums Ammendorf  
Vorlage: V/2014/12811
- 8.6 *Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Absicherung des Ballsports (Basketball und Handball)*  
Vorlage: V/2014/12637 vertagt
- 8.7 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu den Freihandelsabkommen TTIP und CETA  
Vorlage: V/2014/12804
- 8.8 Antrag des Stadtrates Manfred Sommer (MitBÜRGER für Halle) zur Schaffung von Fahrradabstellanlagen an der Endhaltestelle Elsa-Brändström-Straße  
Vorlage: V/2014/12808
- 8.9 Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Durchführung eines Planspiels Kommunalpolitik  
Vorlage: V/2014/12809
- 8.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Stadtratsfraktion und der Fraktion DIE LINKE - Halle (Saale) wird Fairtrade-Stadt  
Vorlage: V/2014/12794
- 8.10.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Stadtratsfraktion und der Fraktion DIE LINKE - Halle (Saale) wird Fairtrade-Stadt (V/2014/12794)  
Vorlage: V/2014/12865
- 8.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sicherstellung der Angebote für eine selbstbestimmte Geburt in Halle  
Vorlage: V/2014/12810
- 8.12 Antrag des Stadtrates Olaf Sieber zur Anpassung der Entfernung zwischen Wohnung und Haltestelle  
Vorlage: V/2014/12798
- 8.13 Antrag des Stadtrats Olaf Sieber zur Schaffung barrierefreier Einstiege an allen nicht straßenmittig gelegenen Bushaltestellen  
Vorlage: V/2014/12828
9. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9.1 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zu Parkmöglichkeiten für Hebammen  
Vorlage: V/2014/12803
- 9.2 Anfrage der Stadträte Andreas Schachtschneider (CDU) und Andreas Scholtyssek (CDU) zur Durchführung/Genehmigung von Spontanpartys  
Vorlage: V/2014/12802

- 9.3 Anfrage der Stadträtinnen Ute Haupt (DIE LINKE), Sabine Wolff (NEUES FORUM) und des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Situation der Leitungsarbeit in Kindertagesstätten  
Vorlage: V/2014/12716
- 9.4 Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE) zur Rattenplage im Reusenweg (Heide-Nord)  
Vorlage: V/2014/12819
- 9.5 Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE) zur Spielfläche Reusenweg  
Vorlage: V/2014/12820
- 9.6 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zum Einsatz von Politessen  
Vorlage: V/2014/12812
- 9.7 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Situation auf dem Wohnungsmarkt in Halle  
Vorlage: V/2014/12813
- 9.8 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Zahlung von Zulagen  
Vorlage: V/2014/12814
- 9.9 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zum Versand der Wahlbenachrichtigungen für die Kommunal- und Europawahl  
Vorlage: V/2014/12815
- 9.10 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Bearbeitungszeit des Elterngeldes  
Vorlage: V/2014/12734
- 9.11 Anfrage der Stadträtin Hanna Haupt (SPD-Stadtratsfraktion) zur Immobilie des ehemaligen Kreiswehrrersatzamtes  
Vorlage: V/2014/12597
- 9.12 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zum Hufeisensee  
Vorlage: V/2014/12822
- 9.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verwaltung der Natura 2000 Gebiete im Stadtgebiet  
Vorlage: V/2014/12823
- 9.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Umsetzungsplänen für Radverkehrs- und Gehwegmaßnahmen  
Vorlage: V/2014/12824
- 9.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stand der B-Planverfahren Nr. 152 „Wohngebiet am Sophienhafen, Südseite“ und Nr. 153 „Hafenstraße Westseite“  
Vorlage: V/2014/12825
- 9.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zur Richtlinie zum Bau von Fahrradabstellanlagen  
Vorlage: V/2014/12826
10. Mitteilungen
- 10.1 Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm (AMIP) des Jobcenters Halle (Saale) 2014  
Vorlage: V/2014/12519



- 10.2 Quartalsbericht I/2014 Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG  
Vorlage: V/2014/12687
- 10.3 Mitteilungen zu personalwirtschaftlichen Maßnahmen
- 11. mündliche Anfragen von Stadträten
- 11.1 Anfrage aus dem Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie  
Beschäftigung zur Hochschulstrukturplanung
- 12. Anregungen
- 12.1 Anregung der SPD-Stadtratsfraktion zur Sicherheit in der Hanoier Straße  
Vorlage: V/2014/12816
- 13. Anträge auf Akteneinsicht

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 30.04.2014**

---

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 54. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 30.04.2014.

### **zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 30.04.2014**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, informierte über folgende in der Stadtratssitzung am 30.04.2014 in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse:

#### **zu 4.1 Sanierungsgebiet „Historischer Altstadt kern“ Förderfestlegung für die Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahme des Objektes Brüderstraße 5 Vorlage: V/2014/12425**

---

#### **Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt, die Durchführung der Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahme des denkmalgeschützten Gebäudes Objektes Brüderstraße 5 inklusive des Ersatzneubaus im Innenhof mit einem nicht rückzahlbaren Zuschuss zu fördern.
2. Die Höhe des Zuschusses entspricht dem Kostenerstattungsbetrag, der auf der Grundlage des durch den BLSA festzustellenden förderfähigen Aufwands ermittelt wird, maximal jedoch der Höhe der durch das Landesverwaltungsamt im Förderprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ zweckgebunden für dieses Vorhaben bewilligten Mittel (1.760.000,00 €).

**zu 4.2      Rechtsstreit mit dem Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt wegen  
Zinsforderungen für Städtebaufördermittel Haushaltsjahr 2007  
Vorlage: V/2014/12773**

---

**Beschluss:**

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, gegen den Zinsbescheid des Landesverwaltungsamtes Sachsen-Anhalt vom 31.03.2014 über die nicht fristgerechte Verwendung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen des städtebaulichen Denkmalschutzes zur Sicherung und Erhaltung historischer Stadtkerne im Haushaltsjahr 2007 vor dem Verwaltungsgericht Halle Klage zu erheben.

**zu 5            Bericht des Oberbürgermeisters**

---

*Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde zum TOP 5 ein Wortprotokoll erstellt.*

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Meine Damen und Herren, sehr geehrte Stadträte.

Ich würde ganz gern beginnen mit dem Multimediazentrum. Wir sind dort im Zeit- und Projektplan. Alles läuft planmäßig, so wie wir es vereinbart haben.

Hinzu kommt, dass wir eine Arbeitsgruppe gegründet haben zur Entwicklung eines Entwicklungskonzeptes Medien- und Kommunikationswissenschaften. Es geht letztendlich darum, zu wissen, wie geht es weiter. Aber natürlich auch darüber hinaus, wie kann dieser Bereich in Gänze gestärkt werden und was benötigen wir natürlich, wenn wir die baulichen Änderungen durchführen am MMZ, was für Räumlichkeiten.

Deshalb ist es wichtig, zunächst mal ein Konzept zu haben, damit wir dann die Planungen, die Umbauarbeiten entsprechend beginnen können.

Ansonsten ist alles beim MMZ im Plan.

Zum Künstlerhaus 188, das was ich im öffentlichen Saal sagen darf, ist folgendes.

Wir haben einen Ablehnungsbescheid, die HAVAG einen Ablehnungsbescheid zum Abrissantrag erhalten. Die Tatbestandsmerkmale dort sind bezeichnet mit einem überwiegenden öffentlichen Interesse und eine Bestätigung ist nur dann möglich, wenn tatsächlich ein Abriss verlangt wird. Das heißt, es kommen zusätzliche Erschwernisse hinzu. Man kann sagen, eine Alternativlosigkeit muss gegeben sein.

Das ist im Hinblick auf das Antragsverfahren ausführlich dargestellt worden. Verkehrlich gibt es auch keine Alternative. Diesbezüglich liegen auch alle Nachweise vor.

Und es geht natürlich, und das möchte ich ganz gern mit Ihnen auch später im nicht öffentlichen Teil erörtern, um die Möglichkeit der Wegnahme der Bebauung Böllberger Weg 1 – 10.

Derzeit ist es so, dass ein Monat Zeit ist, die Klage zu prüfen. Auch das möchte ich nachher später im nicht öffentlichen Teil mit Ihnen diskutieren.

Zu den Flutmitteln, zum aktuellen Stand. Die Stadt hat insgesamt 280 Schadensfälle gemeldet. Die Summen sind identisch. Auch 280 Mio. Euro Investitionsvolumen steckt dahinter. Die größten Brocken sind Multimediazentrum mit 21,6 Mio. Euro, die Eissporthalle 13,7 Mio. Euro und der Osendorfer See als Gesamtprojekt mit 12 Mio. Euro. Mit dem Tag heute, da ich das heute Mittag noch geschrieben habe. Aber wir haben im Laufe des Tages noch zusätzliche Fördermittelbewilligungen bekommen. Die liegen jetzt mittlerweile bei 20 Mio. Euro.

Grundsätzlich wird der Schaden zu 100 % finanziert. Der Eigenanteil der Stadt beläuft sich auf die Beantragung, also auf das, was man personell hineinbringt, die Umsetzung des Controllings und natürlich auch das Führen der Verwendungsnachweise. Ansonsten, finanzielle Mittel aus dem Haushalt gibt die Stadt dazu nicht.

Dann möchte ich berichten über die Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft. Ich habe es bereits gestern im Wirtschaftsausschuss dargestellt, möchte aber die Informationen weitläufig auch geben.

Wir sind momentan in der Strukturdiskussion im Hinblick auf die Aufstellung und Neuausrichtung der Ansiedlungsbetreuung. Wir haben insgesamt dort eine Diskussion geführt, die wir, ich hatte es auch signalisiert, im September abschließen möchten, und mit Ihnen oder gemeinsam dann in den Gremien und mit einem Stadtratsbeschluss im September dann eine mögliche Ansiedlungs GmbH diskutieren.

Die Tendenz ist nach wie vor so, dass es sinnvoll erscheint, durchgängig zum Hauptverwaltungsbeamten, zum Leiter der Wirtschaftsförderung und zum Geschäftsführer der Ansiedlungs GmbH eine Person zu nehmen, um dann sehr schnell reagieren zu können auf Investitionen.

Ebenfalls wird diskutiert, die in der Stadt zur Verfügung stehenden freien Flächen dann ebenfalls mit in die Ansiedlungs GmbH hineinzugeben. Die Flächen, die sich natürlich nur dann für die Ansiedlung auch anbieten.

Ansonsten sollte die Struktur so bleiben, wie wir sie derzeit auch besitzen. Aber wir wären dadurch in der Möglichkeit, wesentlich schneller und aktiver am Markt auch zu agieren.

Die Abgrenzung wird eigentlich dann auch deutlich im Hinblick darauf, was wir insgesamt vorhaben.

Wenn Sie ganz rechts in die Spalten mir folgen. Der Fachbereich Wissenschaft wird die Entwicklung der Cluster- und Kompetenzstrategien vorantreiben und auch die Fachkräfteentwicklung und die Verbindung zum TGZ und zu den jeweiligen Einrichtungen halten.

Das Dienstleistungszentrum Wirtschaft, ganz unten in der Mitte dargestellt, im Wesentlichen natürlich die Bestandspflege der Unternehmen und die Standortentwicklung.

Und die Ansiedlungs GmbH mit neuen Aufgaben dann auch versehen, mit der Ansiedlungsakquise speziell und mit dem Standortmarketing, das sich dann bezieht auf den ökonomischen und wirtschaftlichen Teil.

Und hier ist im Rahmen des Standortmarketings auch die Abgrenzung zum Stadtmarketing zu sehen, die sich dann vorwiegend um die touristischen Angelegenheiten dann kümmern.

Dieses schält sich immer stärker in der Diskussion heraus. Ich habe gestern auch im Wirtschaftsausschuss gesagt, Anregungen oder Ideen oder Einzeldiskussionen, dafür stehe ich gern zur Verfügung und freue mich dann auf die Gespräche.

Zur Theater, Oper und Orchester GmbH hat sich am gestrigen Tag das Fax gemeldet. Wir haben den Vertrag gestern Abend zugesandt bekommen. Wir sind momentan dabei, die Terminkette unverzüglich abzustimmen und in die Gremien auch einzubringen, mit dem Ziel einer Beschlussfassung hier im Stadtrat im Juni.

Die einzelnen Daten haben sich nicht verändert. Das ist auch so bestätigt worden. Innerhalb des Vertrages ist insgesamt ein Zuschussbedarf von 20,7 Mio. Euro derzeit. Das würde sich dann entsprechend dann auch in den nächsten Jahren verändern.

Alles andere ist, wie wir es auf den ersten Blick gesehen haben, bis auf wenige Kleinigkeiten, die wir dann insgesamt diskutieren müssen, entspricht das dem Strukturanpassungskonzept, das wir auch entsprechend uns angesehen haben. Auch darüber muss ein Beschluss gefasst werden.

Zur Hochschulplanung möchte ich folgendes deutlich machen. Wir haben im Juni 2013 eine Podiumsdiskussion zur Hochschulfinanzierung geplant. Die Landtagsabgeordneten, einige von ihnen sitzen ja auch hier im Stadtrat, haben diese Podiumsdiskussion ja auch mit initiiert. Der Minister hat damals die Teilnahme abgesagt. Daraufhin hat auch die Mitteldeutsche Zeitung die Moderation abgesagt und letztendlich ist es zu dieser Diskussion nicht gekommen.

Am 29.11.2013, der sogenannte Bernburger Frieden, in Häkchen gesetzt, mit dem Ansatz einer Absenkung von 1,9 % jährlich bis 2019 und ab 2020 die Absenkung des Hochschulbudgets um weitere 3 Mio. auf 8 Mio. Euro. Zudem 2,5 Mio. Euro aus dem Bereich der Hochschulmedizin.

Am 27.03. haben wir den Hochschulstrukturplan des Landes bekommen. Dort ist enthalten für die MLU, also für unsere Universität, eine Einsparung bis 2025 in Höhe von 9,4 Mio. Euro, die Kunsthochschule soll, oder sollte muss man fast sagen, 0,5 Mio. Euro einsparen. Zudem das Defizit von jährlich, das ist ja das Grunddefizit, was in der Universität auch mit schwimmt, von 6 Mio. Euro jährlich. Das Land hat Vorschläge gemacht zur Schließung von Studiengängen.

Am 22.04.2014, also sowohl Stadtrat als auch Oberbürgermeister betonen die Bedeutung der Studiengänge Medien- und Kommunikationswissenschaften und Informatik für die Stadt.

Und die Martin-Luther-Universität, das sind die Einzigen, die darüber entscheiden dürfen über die Schließung von Studiengängen gemäß § 67 Absatz 3 Nummer 4.

Und der Rektor schlägt vor, einen sofortigen Immatrikulationsstopp für den Studiengang Medien- und Kommunikationswissenschaften. Der zuständige Senat hat dies am 12.03.2014 abgelehnt.

Das heißt, es sind keine Studiengänge geschlossen, es gibt auch keine Mehrheiten dafür momentan in der Martin-Luther-Universität.

Wir haben daraufhin den Minister zweimal eingeladen. Ende April, Anfang Mai nochmals und ein weiteres Schreiben von mir ist in Vorbereitung. Und wir haben am 22.05. die Stellungnahme dem Wissenschaftsministerium vorgelegt.

Ich möchte eigentlich nochmal ganz kurz die Zusammenhänge auch nochmal andiskutieren, weil das sehr häufig auch immer wieder etwas verwischt.

Wenn man normalerweise die zur Verfügung stehende Finanzmasse im Land dann sich ansieht, dann müsste es, und das finden Sie auf der linken Seite, eigentlich so vorgehen, dass die Finanzmasse auf die einzelnen Ministerien verteilt wird und dort Schwerpunkte gesetzt werden.

Das heißt, es müsste eigentlich genau gesagt werden, wo liegt der Schwerpunkt und wie viel erhalten letztendlich die Hochschulen des Landes. Das ist nicht geschehen. Deshalb musste der Finanzminister zwangsläufig diese Vorgaben machen.

Und wenn ich dann in die nächste Spalte hineingehe, dann erwartet man natürlich eine kluge Konzeption. Und dieses ist ureigene Aufgabe des Landes.

Das heißt, runter gebrochen auf die Studiengänge, welche Studiengänge an welcher Hochschule bringen das Land Sachsen-Anhalt voran. Eine solche Gesamtkonzeption ist nicht vorhanden.

Der Entwurf, der vorliegt, beschäftigt sich im Wesentlichen mit den Kriterien des Wissenschaftsrates und mit diesen Ansätzen, aber nicht mit Schwerpunkten.

Die Umsetzung, die dann erfolgte durch die Martin-Luther-Universität, hätte dann erfolgen müssen im Hinblick dieser Strukturen innerhalb der Martin-Luther-Universität vollständig auch zu prüfen, aber auch die Verwaltungsstruktur oder besonders auch die Verwaltungsstrukturen. Und hier hat der Senat deutlich gesagt, er lehnt die Vorlage des Rektorats zum Immatrikulationsstopp ab.

Die Planung, das möchte ich auch deutlich machen, die bereits von vornherein im Ansatz falsch ist, kann nicht durch eine Stellungnahme aus meiner Sicht korrigiert werden. Die Hochschulplanung muss aus der Sicht der Stadt Halle vollständig überarbeitet werden.

Und ich möchte es hier an der Stelle nochmal betonen, wenn die größte Stadt eine solche Diskussion anfängt, mehrfach den Minister einlädt, dann ist eine so bedeutende Angelegenheit eine höchstpersönliche Angelegenheit des Ministers.

Das weitere Vorgehen, was wir heute Morgen auch besprochen haben in einem größeren Kreis, auch des Wirtschaftsbeirates, ist folgendes: Der Minister für Wissenschaft und Wirtschaft wird erneut nach Halle eingeladen, unter anderem das Thema, was Sie heute auch in der Mitteldeutschen Zeitung gesehen haben, die jährliche Entlastung von den 30 Mio. Euro aus dem Bafög. Wer bekommt sie, wie geht man damit um? Das sind spannende Fragen, die in Gänze dann auch diskutiert werden müssen.

Die Gründung des Arbeitskreises Medien- und Kommunikationswissenschaften habe ich Ihnen in Blickrichtung auf das MMZ bereits vorgestellt.

Und die Mitglieder des Wirtschaftsbeirates und der Staatsminister, das möchte ich auch ausdrücklich betonen, arbeiten aktiv am Erhalt der Studiengänge Medien- und Kommunikationswissenschaften und Informatik momentan weiterhin unverändert.

Meine Damen und Herren, soweit zunächst mein Bericht.

*Ende des Wortprotokolls.*

---

## **zu 6            Beschlussvorlagen**

---

### **zu 6.3        Besetzung des Engagement-Beirates Vorlage: V/2014/12691**

---

**zu 6.3.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage "Besetzung des Engagement-Beirates" (Vorlagen-Nr.: V/2014/12691)  
Vorlage: V/2014/12847**

---

**Herr Lange, Fraktion DIE LINKE**, teilte mit, dass mit dem Änderungsantrag seiner Fraktion beantragt werde, den Engagement-Beirat um ein Mitglied zu erweitern. Es handelt sich dabei um den Humanistischen Regionalverband Halle-Saalekreis e.V. und wird damit begründet, dass dieser Verband eine intensive ehrenamtliche Arbeit macht und sich als Weltanschauung für konfessionslose versteht.

Der Antrag seiner Fraktion soll in zwei Punkte geteilt werden. Der erste Punkt beinhaltet den vorliegenden Beschlussvorschlag und als zweiten Punkt soll ergänzt werden: *„2. Der Stadtrat beschließt die Änderung der Satzung des Engagement-Beirates in diesem Punkt. Die Anzahl der Mitglieder wird von 15 auf 16 Mitglieder erhöht.“*

Die Änderung der Satzung könne dann in der nächsten Ratssitzung erfolgen.

In diesem Zusammenhang wies Herr Lange darauf hin, dass die Zahl von 15 Mitgliedern willkürlich gesetzt sei und deshalb auch eine Erhöhung der Mitgliederanzahl im Engagement-Beirat möglich wäre und für die Arbeit des Engagement-Beirates ein weiterer Verband nicht wesentlich hinderlich wäre.

Im Wesentlichen stelle sich die Frage für den Stadtrat, ob der Humanistische Regionalverband Halle-Saalekreis e.V. Mitglied im Engagement-Beirat werden soll oder nicht.

Nach Rücksprache mit Herrn Schreyer, Fachbereichsleiter Recht, teilte **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, mit, dass für den zweiten Beschlusspunkt eine genaue Formulierung des Textes für die Richtlinie vorliegen müsse, was nicht gegenwärtig sei.

**Herr Lange** bat darum, den Punkt auf einen späteren Zeitpunkt zu verlagern, um eine korrekte Formulierung vorzubereiten und dann über diesen Punkt abstimmen zu lassen.

Der Aussage von **Herrn Bartl**, dass der erste Beschlusspunkt des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE bestehen bleibt, stimmte Herr Lange zu und merkte an, dass in der heutigen Stadtratssitzung auch der Beschluss gefällt werden müsse, die Anzahl der Mitglieder im Engagement-Beirat auf 16 zu erhöhen.

Wenn die Änderung dem Rechtsamt als Willensbekundung des Rates nicht ausreiche, werde seine Fraktion einen konkreten Änderungsvorschlag vorlegen. Zur Ausarbeitung des Vorschlages beantragte Herr Lange eine Auszeit.

Nach der Auszeit verlas **Herr Bartl** den jetzt neu vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE:

*Der Stadtrat beschließt:*

1. § 6 Absatz 1 Satz 1 der Richtlinie zur Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagement wird wie folgt geändert:

*„Der Stadtrat beruft auf Grundlage des § 74 a Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt für die Dauer von zwei Jahren einen Engagement-Beirat, in dem bis zu 16 Mitglieder tätig sind.“*

Der zweite Beschlusspunkt blieb unverändert und soll, wie bereits vorliegend, abgestimmt werden.

**zu 6.3.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage "Besetzung des Engagement-Beirates" (Vorlagen-Nr.: V/2014/12691)  
Vorlage: V/2014/12847**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**Einzelpunktabstimmung**

**B.-Punkt 1:** mehrheitlich abgelehnt  
**B.-Punkt 2:** Abstimmung durch Ablehnung von B.-Punkt 1 nicht mehr erforderlich

**geänderter Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat beschließt:*

1. § 6 Absatz 1 Satz 1 der Richtlinie zur Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagement wird wie folgt geändert:

*„Der Stadtrat beruft auf Grundlage des § 74 a Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt für die Dauer von zwei Jahren einen Engagement-Beirat, in dem bis zu ~~15~~ **16** Mitglieder tätig sind.,,*

2. Als Mitglied für den Engagement-Beirat wird der

*Humanistische Regionalverband Halle-Saalekreis e. V.*

*berufen.*

**zu 6.3 Besetzung des Engagement-Beirates  
Vorlage: V/2014/12691**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**geänderter Beschluss:**

Der Stadtrat beruft gemäß § 6 Absatz 1 der Richtlinie zur Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements i. V. m. § 74 a Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt für die Dauer von 2 Jahren einen Engagement-Beirat, in den folgende Institutionen/Personen als

Mitglied berufen werden:

1. Stadtverwaltung Halle (Saale) - Der Oberbürgermeister
2. Engagement-Botschafter/in
3. Freiwilligen-Agentur
4. BÜRGER.STIFTUNG.HALLE
5. **Arbeitskreis Christlicher Kirchen**

6. Stadtfeuerwehrverband
7. LIGA der Freien Wohlfahrtspflege Sachsen-Anhalt
8. Stadtsportbund
9. Bündnis der Migrantenorganisationen
10. Kinder- und Jugendrat
11. Seniorenvertretung der Stadt Halle (Saale)
12. Allgemeiner Behindertenverband in Halle
13. Selbsthilfekontaktstelle
14. **Dachverband der Arbeitgeber**
15. **Stadtelternrat**

**zu 6.4 Jahresabschluss 2012 der Stadion Halle Betriebs GmbH**  
**Vorlage: V/2014/12760**

---

*(Dem Mitwirkungsverbot für den Beschlusspunkt 3 nach § 31 GO-LSA unterlagen: Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand, Herr Bönisch, CDU-Fraktion, Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, Herr Sommer, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, Herr Hajek, FDP-Fraktion.)*

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einzelpunktabstimmung**

**B.-Punkt 1 bis 2:** mehrheitlich zugestimmt

**B.-Punkt 3:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des gesetzlichen Vertreters der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) vom 16.04.2014:

1. Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2012, der ein ausgeglichenes Jahresergebnis ausweist, wird festgestellt.
2. Dem Geschäftsführer der Stadion Halle Betriebs GmbH, Herrn Egbert Geier, wird für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt.
3. Dem Beirat der Stadion Halle Betriebs GmbH wird für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt.

**zu 6.6 Bürgerhaushalt Vorschlag B-53 Benutzungsgebühren gewerbliche Nutzung der Straße durch Gaststätten etc.**  
**Vorlage: V/2014/12436**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich abgelehnt**





**zu 6.9 Baubeschluss Schnittstellenprojekt S-Bahnhof Nietleben**  
**Vorlage: V/2014/12450**

---

**Herr Sieber, fraktionslos**, erinnerte an die von Herrn Felke, SPD-Fraktion, im Planungsausschuss aufgeworfene Information zu Überlegungen beim Land, eventuell die S-Bahnstrecke von Nietleben nach Dölau wieder zu beleben. Dazu wurde die Frage gestellt, ob der in der Vorlage benannte Endpunkt in Nietleben vielleicht an den Endpunkt der zu verlängerten Strecke gesetzt werden müsse. Die Verwaltung habe eine Prüfung zugesagt und Herr Sieber fragte nach dem Ergebnis.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, teilte mit, dass es für die Verwaltung keine Erkenntnisse gäbe, dass die S-Bahnstrecke nach Dölau verlängert werden soll.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, informierte darüber, dass er die Zahlen zur Benutzungsfrequenz des Endpunktes in Nietleben erhalten habe. In diesem Zusammenhang machte er darauf aufmerksam, dass es sinnvoll gewesen wäre, darüber nachzudenken, ob dieser Punkt wirklich für über 1,5 Mio. Euro ausgebaut werden muss.

Seiner Meinung nach hätten die 1,5 Mio. Euro für sinnvollere Projekte ausgegeben werden können. Und er bedauerte, dass weder die Haltestelle an der Schwimmhalle in Halle-Neustadt, noch ein äußerer Punkt in Dölau diese Aufmerksamkeit fanden.

Auch sei bisher für den Bahnhof Nietleben kein Mieter vorhanden und es gäbe auch niemanden, der dort umsteigt. Ebenso verhalte es sich mit einem Parkplatz, welcher auf der gegenüberliegenden Seite vorhanden ist. Ein weiterer sei aus seiner Sicht nicht notwendig.

**Herr Sieber** bat die Verwaltung um eine Kopie der schriftlichen Anfrage und die entsprechende Antwort von der Nahversorgungsgesellschaft zu diesem Thema. Wenn dies noch nicht vorliege, könne es bis zur nächsten Stadtratssitzung nachgereicht werden.

**Herr Beigeordneter Neumann** informierte, dass keine schriftliche Antwort vorliege und die Verwaltung um eine künftige Anbindung in diesem Bereich kämpfe. Eine schriftliche Aussage der Nahversorgungsgesellschaft könne jedoch nachgeholt werden.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt die Umsetzung des Schnittstellenprojektes S-Bahnhof Nietleben in der Fassung vom 04.02.2014.

**zu 6.10 Baubeschluss Freiflächengestaltung Steintor**  
**Vorlage: V/2014/12525**

---

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, machte darauf aufmerksam, dass es im Rahmen der Baumaßnahme erhebliche Baumfällungen in diesem Bereich und kaum Alternativen für eine bessere Lösung geben werden.

Bei den nächsten Projekten sollte man mehr Sorgfalt darauf verwenden, bestehenden Baumbestand noch mehr in den Blick zu nehmen und die Planungen darauf auszurichten.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt den Bau des Freiflächengestaltungsprojektes Steintor als Zusatzmaßnahme zum Stadtbahnprojekt

**zu 6.11 1. Änderung zur Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) vom 14.12.2011  
Vorlage: V/2014/12570**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss**

Der Stadtrat beschließt die vorliegende 1. Änderung zur Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) vom 14.12.2011.

**zu 6.12 Bürgerhaushalt Vorschlag B-7 Radwege in Halle-Süd  
Vorlage: V/2014/12462**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Im Rahmen der geplanten Sanierung des nördlichen Böllberger Weges sollen (wie mit dem Gestaltungsbeschluss bereits bestätigt) auch anspruchsgerechte Verkehrsanlagen für den Radverkehr geschaffen werden.
2. in diesem Sinne der Bürgerin bzw. dem Bürger, die ihren bzw. der seinen Vorschlag eingebracht hat, zu antworten und die Entscheidung auf der Plattform zu kommunizieren.

**zu 6.13 Bürgerhaushalt Vorschlag B-9 Budget für Radverkehr  
Vorlage: V/2014/12463**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Entsprechend des Stadtratsbeschlusses Nr. V/2012/11160 zur „Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) – Fortschreibung 2013“ wird die Stadtverwaltung beauftragt, bis zum 2. Quartal 2014 einen aus dem Maßnahmenprogramm zur Herstellung des Radverkehrs-Hauptnetzes (Anlage 10) und der Bedarfsliste für die Errichtung von Fahrradbügeln (Anlage 12) zu entwickelnden Umsetzungsplan für die vordringlichen Maßnahmen zu erarbeiten, aus dem ersichtlich wird, welche Maßnahmen wann mit welchen Kosten im Planungshorizont bis 2019 umgesetzt werden sollen. Zu prüfen ist dabei, inwieweit für die Umsetzung der Maßnahmen Fördergelder von Land, Bund und der EU genutzt bzw. ob durch die Zusammenarbeit mit anderen Kooperationspartnern eine externe Finanzierung erfolgen kann. Der Umsetzungsplan stellt die Grundlage für die Ausstattung der neu bis 2015 einzurichtenden Planansätze für Radverkehrsmaßnahmen dar. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt entsprechend dem mit der jeweiligen Haushaltsplanung bereitgestellten Budget.
2. Der Bürgerin bzw. dem Bürger, die ihren bzw. der seinen Vorschlag eingebracht hat, ist in diesem Sinne zu antworten und die Entscheidung auf der Plattform zu kommunizieren.

**zu 6.14 Bürgerhaushalt Vorschlag B-16 Einbahnstraßenregel**  
**Vorlage: V/2014/12464**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Den Bürgervorschlag Nr. 16, im Wohngebiet zwischen Willy-Brandt-Straße und Pfännerhöhe teilweise eine wohngebietsübergreifende Einbahnstraßen-Verkehrsführung zu prüfen, im Ergebnis der Untersuchung der Verwaltung nicht weiter zu verfolgen und als erledigt zu betrachten.
3. in diesem Sinne der Bürgerin bzw. dem Bürger, die ihren bzw. der seinen Vorschlag eingebracht hat, zu antworten und die Entscheidung auf der Plattform zu kommunizieren.

**zu 6.15 Bürgerhaushalt Vorschlag B-20 Eine Bank an jede Haltestelle der HAVAG  
Vorlage: V/2014/12465**

---

**zu 6.15.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur  
Beschlussvorlage Bürgerhaushalt Vorschlag B-20 Eine Bank an jede  
Haltestelle der HAVAG (Vorlagen-Nr.: V/2014/12465)  
Vorlage: V/2014/12873**

---

**Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE**, begründete den Änderungsantrag ihrer Fraktion damit, dass mehrere Bürger darauf aufmerksam machten, dass die im ursprünglichen Vorschlag ausgegrenzten Haltestellen, meist Haltestellen in den Außenbezirken sind, welche von älteren Bürgern genutzt werden. Diese sollten nicht ausgegrenzt und im Interesse der Bürger mit dem Änderungsantrag der Passus „*mit mehr als 50 Einsteigern pro Tag*“ gestrichen und alle Haltestellen in das Programm einbezogen werden.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, antwortete dahingehend, dass es sich bei einer Zustimmung des Vorschlages um 209 neue Bänke handeln würde. Finanziell seien jedoch nur 50 Bänke innerhalb von vier Jahren zu realisieren und er tentiere dazu, dem Bürgervorschlag zu folgen.

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, wies darauf hin, dass bei der Umsetzung darauf zu achten sei, die Bänke höher anzubringen.

**zu 6.15.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur  
Beschlussvorlage Bürgerhaushalt Vorschlag B-20 Eine Bank an jede  
Haltestelle der HAVAG (Vorlagen-Nr.: V/2014/12465)  
Vorlage: V/2014/12873**

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt den Punkt 2 des Beschlussvorschlages wie folgt zu ändern.

2. Die Verwaltung hat für eine kontinuierliche Verbesserung des Ausstattungsgrades mit Bänken, durch die Nutzung von finanziellen Möglichkeiten des Regionalisierungsgesetzes zu sorgen, in den nächsten vier Jahren alle Haltestellen ~~mit mehr als 50 Einsteigern pro~~

Tag mit Bänken auszurüsten...

**zu 6.15 Bürgerhaushalt Vorschlag B-20 Eine Bank an jede Haltestelle der HAVAG  
Vorlage: V/2014/12465**

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**geänderter Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Den Vorschlag, das Stipendium des Stadtschreibers zu streichen und diese Mittel für den Ankauf von Bänken für Haltestellen der HAVAG zu nutzen, nicht umzusetzen.
2. Die Verwaltung hat für eine kontinuierliche Verbesserung des Ausstattungsgrades mit Bänken, durch die Nutzung von finanziellen Möglichkeiten des Regionalisierungsgesetzes zu sorgen, in den nächsten vier Jahren alle Haltestellen ~~mit mehr als 50 Einsteigern pro Tag~~ mit Bänken auszurüsten.
3. in diesem Sinne der Bürgerin bzw. dem Bürger, die ihren bzw. der seinen Vorschlag eingebracht hat, zu antworten und die Entscheidung auf der Plattform zu kommunizieren.

**zu 6.17 Bürgerhaushalt Vorschlag B-67 Radwege  
Vorlage: V/2014/12470**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss**

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Da mit Stadtratsbeschluss Nr. V/2012/11160 vom 30.10.2013 die "Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) – Fortschreibung 2013" beschlossen wurde und diese eine Vielzahl von Maßnahmen zur Herstellung fahrradfreundlicher Verhältnisse in der Stadt Halle (Saale) enthält, kann der Bürgervorschlag als erledigt angesehen werden.
2. in diesem Sinne der Bürgerin bzw. dem Bürger, die ihren bzw. der seinen Vorschlag eingebracht hat, zu antworten und die Entscheidung auf der Plattform zu kommunizieren.

**zu 6.18 Bürgerhaushalt Vorschlag B-75 Kosten- und Aufwand-Reduzierung bei**

**städtischen Bauvorhaben**  
**Vorlage: V/2014/12471**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. den Bürgervorschlag nicht weiter zu verfolgen, da die Verwaltung bereits jetzt im unmittelbaren Umfeld von Straßenbauvorhaben Schadstellen als Beilauflösungen beheben lässt. Auch bei Bauvorhaben der Versorgungsunternehmen (Stadtwerke) wird diese Verfahrensweise sofern Haushaltsmittel zur Verfügung stehen schon angewendet.  
Bei Schäden, die nach Baumaßnahmen entstehen, werden die vormals bauausführenden Unternehmen im Rahmen der Gewährleistung zur Beseitigung herangezogen.
2. in diesem Sinne der Bürgerin bzw. dem Bürger, die ihren bzw. der seinen Vorschlag eingebracht hat, zu antworten und die Entscheidung auf der Plattform zu kommunizieren.

**zu 6.19 Neuerrichtung eines lizenzierten Leistungszentrums für den weiblichen und männlichen Nachwuchs des Hallesche Fußballclubs e. V. am Standort Silberhöhe, 7. Wohnkomplex**  
**Vorlage: V/2014/12541**

---

**Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion**, machte deutlich, dass es bei dem vorliegenden Beschluss zwar nur um die Standortfrage und die Planungsfinanzierung des Leistungszentrums gehe, aber er die dahinterstehende Gesamtunternehmung kritisiere.

Er könne den angeblichen Hochwasserschaden auf dem Sportplatz am Sandanger und den Neubau eines Leistungszentrums am Standort Silberhöhe in Höhe von 6 Mio. Euro nicht nachvollziehen, da der Sportplatz am Sandanger schon wieder provisorisch bespielbar wäre.

Mit dem vorliegenden Beschluss soll auf einem sechs Hektar großen Gelände für 6 Mio. Euro ein Leistungszentrum für Nachwuchsspieler eines Drittklassefußballvereins geschaffen werden. Die 6 Mio. Euro seien mehr als 1/3 der Kosten, welche für das Stadion aufgebracht worden sind.

Aus den vorgenannten Gründen werde er, wie auch schon im Finanzausschuss, gegen den Beschluss stimmen.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

## **Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt als Standort für die Neuerrichtung des Leistungszentrums für den Nachwuchs des Halleschen Fußballclubs e.V. das Areal westlich der Karlsruher Allee im Stadtteil Silberhöhe, auf den Rückbauflächen innerhalb des 7. Wohnkomplexes.
2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der notwendigen Planung, der Beantragung eines Ersatzneubaus für das Leistungszentrum gemäß der Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013 und den weiteren Bearbeitungsschritten.

### **zu 6.20 Bildung eines Hochwasserschutzbeirates Vorlage: V/2014/12839**

---

#### **zu 6.20.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Bildung eines Hochwasserschutzbeirates (Vorlagen-Nr.: V/2014/12839) Vorlage: V/2014/12880**

---

Zum Änderungsantrag seiner Fraktion teilte **Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, mit, dass sie die Bildung eines Hochwasserschutzbeirates ausdrücklich unterstützen und vorschlagen, dass die Interessengemeinschaft Hochwasserschutz Altstadt zwei Vertreterinnen bzw. Vertreter in das Gremium berufen kann.

Es werde damit begründet, dass der Beirat die unterschiedlichen Wohnbereiche und Interessenslagen repräsentieren soll.

Auch **Frau Hintz, SPD-Fraktion**, begrüßte im Namen ihrer Fraktion die Bildung eines Hochwasserschutzbeirates. In diesem Zusammenhang fragte sie nach dem Verfahren zur Bestimmung der Vertreter für diesen Beirat und ob Anhörungen geplant seien, um Bürger zu Bürgerversammlungen einzuladen.

Auf die Nachfrage von Frau Hinz teilte **Herr Paulsen, Grundsatzreferent Büro des Oberbürgermeisters**, mit, dass man Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern aus den einzelnen Stadtteilen geführt und zur Mitwirkung im Hochwasserschutzbeirat abgefragt habe.

Bis jetzt habe sich Frau Dr. Kathrin Müller von der Interessengemeinschaft Hochwasserschutz Altstadt zur Teilnahme bereiterklärt, als Vertreter der Einwohnerinnen und Einwohner von Halle-Neustadt Herr Klaus-Dieter Weißenborn, für Planena Frau Kathrin Pfund und für die Einwohnerinnen und Einwohner der Talstraße Herr Mathias Därr.

Es seien alles Bürgerinnen und Bürger aus den jeweiligen Wohngebieten, die sich im Zuge der letzten Hochwasserproblematik zu Wort gemeldet und zum Teil für die anderen Einwohnerinnen und Einwohner gesprochen hätten.

Für das Wohngebiet Lettin hat die Verwaltung noch keine Rückmeldung bekommen.

Zum gleichen Thema fragte **Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER – NEUES FORUM**, ob es im Verfahren eine Berufung gäbe oder ob es ein Prozess sei, in welchem themenbezogen auch andere Personenkreise geladen werden können.

Dazu teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass der Beirat nach der Gemeindeordnung gegründet wird und in den entsprechenden Sitzungen auch weitere Personen mit angehört werden können.



Da noch nicht alle Fragen bezüglich der Zusammensetzung, der Aufgabenverteilung und der Kompetenzen des Beirates geklärt seien, verwies **Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, im Namen seiner Fraktion die Vorlage in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten zur weiteren Beratung.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, äußerte sich dahingehend, dass man statt über Personen und die Benennung eines Beirates über eine Hochwasserschutzkonzeption diskutieren sollte.

Zu den Ausführungen von Herrn Kley stellte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** fest, dass man im Ordnungsausschuss erarbeitet habe, erste Eckpunkte der Hochwasserschutzkonzeption bis Oktober zu erstellen.

**zu 6.20.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Bildung eines Hochwasserschutzbeirates (Vorlagen-Nr.: V/2014/12839)  
Vorlage: V/2014/12880**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion  
in den  
**Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten**

**Beschlussvorschlag:**

*Der 1. Anstrich im Beschlusspunkt 3 erhält folgende Fassung:*

*„zwei Vertreterinnen bzw. zwei Vertreter der Interessengemeinschaft Hochwasserschutz Altstadt“*

**zu 6.20 Bildung eines Hochwasserschutzbeirates  
Vorlage: V/2014/12839**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion  
in den  
**Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten**

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, einen Hochwasserschutzbeirat nach § 74 a der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt zu bilden.
2. Der Hochwasserschutzbeirat berät die Stadtverwaltung bei der Entwicklung der Hochwasserschutzkonzeption.
3. Mitglieder des Beirates sollen sein:
  - eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der Interessengemeinschaft Hochwasserschutz Altstadt
  - eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der Einwohnerinnen und Einwohner

- Halle-Neustadts
- eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der Einwohnerinnen und Einwohner Planenas
  - eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der Einwohnerinnen und Einwohner Lettins
  - eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der Einwohnerinnen und Einwohner der Talstraße
  - eine Vertreterin bzw. ein Vertreter des Landesbetriebes für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt (LHW)
  - eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der Stadtwerke Halle GmbH
  - der bzw. die Vorsitzende des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten
  - eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der Stadtverwaltung

---

**zu 7      Wiedervorlage**

---

**zu 7.1      Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zur stärkeren Nutzung der Bahninvestitionen für die Stadtentwicklung  
Vorlage: V/2014/12461**

---

**zu 7.1.1    Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zur stärkeren Nutzung der Bahninvestitionen für die Stadtentwicklung (V/2014/12461)  
Vorlage: V/2014/12715**

---

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, begründete den Änderungsantrag seiner Fraktion damit, bei einer Diskussion über die Möglichkeit, dass die Deutsche Bahn AG in Halle in dreistelliger Millionenhöhe investiert, an die eigenen Flächen zu denken. Für das Gebiet „Schlachthofviertel“ sei es unbedingt notwendig, planerisch und entwicklungsmäßig tätig zu werden. Gegenwärtig habe man dort noch das Problem, dass reines Wohnen und eingeschränkt an einigen Stellen Mischgebiet im Flächennutzungsplan der Stadt Halle ausgewiesen ist und es damit nicht möglich sei, die Nutzungen zu entflechten.

Mit dem Änderungsantrag seiner Fraktion soll in die Planung eingetreten und die Möglichkeiten geschaffen werden, geordnet Gewerbebetriebe, die Bezug haben zur Bahn AG, anzusiedeln bzw. insgesamt in diesem Viertel eine Entflechtung durchzuführen. Dadurch wäre einerseits das Wohnen attraktiver und auf der anderen Seite sei es für die Gewerbetreibenden sicherer bezüglich der Erweiterung oder Neuansiedlung in dem Areal.

**zu 7.1.1    Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zur stärkeren Nutzung der Bahninvestitionen für die Stadtentwicklung (V/2014/12461)  
Vorlage: V/2014/12715**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich abgelehnt**

**Beschlussvorschlag:**

Der Beschlussvorschlag wird um folgenden Text ergänzt:

1. Der Stadtrat beschließt für das Gebiet „Schlachthofviertel“ gemäß § 2 Abs. 1 BauGB einen Bebauungsplan aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich umfasst das Gebiet zwischen Güterbahnhof / Bereich DB AG bis Freimfelder Straße und von Delitzscher Straße( L165) bis Berliner Straße.
3. Der Geltungsbereich ist in Anlage 2 zu diesem Beschluss dargestellt.
4. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.

**zu 7.1 Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zur stärkeren Nutzung der Bahninvestitionen für die Stadtentwicklung  
Vorlage: V/2014/12461**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Die Stadtverwaltung unterbreitet Vorschläge, wie die Investitionen in die Bahninfrastruktur stärker für Synergieeffekte zur städtebaulichen und wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt Halle und der Region zu ihrem Wettbewerbsvorteil genutzt werden können. Dies beinhaltet insbesondere eine Abstimmung mit der Deutschen Bahn AG, wie die Brachflächen und Liegenschaften entlang der Bahnanlagen stärker für Investitionen und Ansiedlungen genutzt werden können.

**zu 7.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Erhaltungssatzungen der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2014/12498**

---

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, machte darauf aufmerksam, dass man über eine umfassende Überprüfung der Erhaltungssatzungen abstimmen soll, obwohl die Stadtverwaltung mitgeteilt habe, dass eine Evaluierung der Erhaltungssatzungen ohnehin durch aus den täglichen Verwaltungshandlungen heraus erfolge. Seiner Meinung nach käme es zu einer ungerechtfertigten Beschäftigung der Stadtverwaltung.

Erhaltungssatzungen seien nicht nur dazu da, den Zugriff auf Fördermittel zu ermöglichen, sondern eine Erhaltungssatzung möchte den Charakter eines Gebietes erhalten. Dies stelle ein wichtiges Mittel in der Stadtplanung dar und man sollte auf die Durchsetzung der Erhaltungssatzungen achten.

Er halte den Antrag der Fraktion DIE LINKE für überflüssig und bat darum, diesen abzulehnen.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, äußerte sich zum gleichen Thema und verwies auf die Notwendigkeit der Überprüfung der Erhaltungssatzungen der Stadt. Man habe festgestellt,

dass die Satzungen nicht im Internet veröffentlicht und den Bürgern nicht bekannt sind und deshalb von diesen auch nicht eingehalten werden können.

In Konsequenz zur Diskussion um die Erhaltungssatzung im Gebiet Gesundbrunnen wäre es sinnvoll, zu prüfen, welche Regelungen in der Stadt noch nützlich und notwendig seien, um im Verwaltungsvollzug ordnungsgemäß reagieren zu können. Dies würde auch einen Nutzen für die Verwaltung darstellen, weil vielleicht nur noch die Hälfte der Satzungen zu beachten wären.

Seiner Meinung nach wäre es sinnvoll, zwei oder drei Viertel zu entwickeln und attraktiv zu machen, anstatt mit einer Großzahl von Erhaltungssatzungen dem Bürger den Eindruck zu vermitteln, dass die Verwaltung ihre eigenen Beschlüsse nicht wahrnimmt. Es müsse eine Überprüfung stattfinden und die Veröffentlichung der Satzungen im Internet erfolgen, damit sich die Bürger darüber informieren können.

Auch **Herr Sieber, fraktionslos**, begrüßte den Antrag der Fraktion DIE LINKE und führte als Beispiel die Erhaltungssatzung in der Gartenstadt Nietleben an, in welcher vorgeschrieben sei, dass die Häuser verputzt und mit einer hellen Farbe gestrichen sein müssen.

Er machte den Vorschlag, in den entsprechenden Wohngebieten mit den Bürgern vor Ort über die Satzungen zu diskutieren und deren Meinungen zur Gestaltung des Wohnviertels einzuholen.

Bezüglich der Ausführungen von Herrn Sieber machte **Herr Feigl** darauf aufmerksam, dass dabei die Erhaltungssatzung mit einer Gestaltungssatzung verwechselt werde. Wenn es konkrete Probleme mit einer bestimmten Erhaltungssatzung gäbe, hätte man auch die Möglichkeit, im Stadtrat darüber zu diskutieren. Eine wahllose Überprüfung aller Erhaltungssatzungen halte er nicht für zielführend.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, betonte, dass mehr als 50 % der jetzt existierenden Erhaltungssatzungen ausschließlich auf Grund des damaligen Investitions-erleichterungsgesetzes und der steuerlichen Vergünstigen aufgestellt worden sind. Damit sollte eine Förderung für diejenigen möglich gemacht werden, die Geld in ihre Grundstücke und Häuser investierten, die im Gebiet der Erhaltungssatzung lagen.

Anlass für den Antrag seiner Fraktion sei die Diskussion um die Erhaltungssatzung Gesundbrunnen gewesen, wo man feststellte, dass die Erhaltungssatzungen in den letzten Jahren nicht überprüft worden sind.

Aus diesem Grund soll die Sinnfälligkeit der jetzt noch existierenden Erhaltungssatzungen überprüft werden.

Desweiteren stimmte er der Kritik von Herrn Kley bezüglich der Veröffentlichung der Erhaltungssatzungen zu. Bis zum heutigen Tag sei es nicht möglich, die Erhaltungssatzungen im Internet nachzulesen.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, schloss sich der Meinung von Herrn Feigl auch unter dem Vorbehalt an, dass bei eventuellen Interessenskonflikten bzw. bei Bedarf eine Diskussion im Stadtrat zu einer bestimmten Erhaltungssatzung geführt werde.

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, wies darauf hin, dass man schon aufgrund der Terminstellung zur Beauftragung der Verwaltung bis zum 31. Mai 2014 dem Antrag nicht zustimmen könne.

Aufgrund des Hinweises von **Herrn Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, dass man schon aufgrund der Terminstellung zur Beauftragung der Verwaltung bis zum 31. Mai 2014 dem Antrag nicht zustimmen könne, wurde durch **Herrn Dr. Meerheim** die Terminierung bis zum 30.09.2014 geändert.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich abgelehnt**

**geänderter Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat beschließt:*

*Die Verwaltung wird beauftragt, alle Erhaltungssatzungen auf ihre städtebauliche Notwendigkeit und ihre praktische Umsetzbarkeit hin zu überprüfen und dem Stadtrat bis zum ~~31. Mai 2014~~ 30. **September 2014** Vorschläge zur möglichen Abwägung vorzulegen.*

*Sämtliche bestandsfähigen Erhaltungssatzungen sind auf [www.halle.de](http://www.halle.de) jeweils mit einer Gebietskarte zu veröffentlichen.*

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** beantragte eine Auszeit von zehn Minuten, um Rücksprache mit den Fraktionsvorsitzenden zu nehmen.

Die Rücksprache wurde durch **Herrn Schreyer, Fachbereichsleiter Recht**, damit begründet, dass der Stadtrat über einen möglichen Hinderungsgrund des Stadtrates Raik Müller an der Teilnahme der Sitzung zu entscheiden habe. Fraglich sei, ob ein Hinderungsgrund nach § 40 Absatz 1 Nr. 2 der Gemeindeordnung vorliege, weil Herr Raik Müller seit dem 1. Mai 2014 als Referent im Umweltministerium des Landes Sachsen-Anhalt tätig ist.

Insoweit könnte ein möglicher Hinderungsgrund nach § 40 Absatz 1 Nr. 2 in Betracht kommen, welcher für entsprechende Beamte und Angestellte von Rechts- und Fachaufsichtsbehörden einen Ausschlussgrund für die Tätigkeit als Rat vorsieht.

Darüber habe der Rat nach § 40 Absatz 2 der Gemeindeordnung durch Beschluss zu entscheiden.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, führte zur Erleichterung der Entscheidungsfindung aus, dass der langjährige Minister für Verkehr und Bauen im Land Sachsen-Anhalt, Herr Dr. Daehre, gleichzeitig Vorsitzender des Kreistages seines Heimatkreises war und niemand daran Anstoß genommen habe. Er bat um Zustimmung dazu, dass Herr Müller weiterhin Mitglied des Stadtrates sein könne.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, verwies darauf, dass vor einer Entscheidung der Betroffene angehört werden müsse.

**Herr Misch, CDU-Fraktion**, äußerte sich dahingehend, dass unbeachtet der rechtlichen Situation, geklärt werden müsse, seit wann der Verwaltung der Umstand bekannt sei, dass Herr Raik Müller im Umweltministerium tätig ist. Dann hätte man nicht während der Sitzung das Thema ansprechen müssen, sondern man hätte sich darauf vorbereiten und die Fraktion gegebenenfalls einen Nachrücker für Herrn Müller aufstellen können.

Sollte der Rat heute zur Entscheidung kommen, dass Herr Müller nicht mehr an der Sitzung teilnehmen kann, würde ein Nachrücker nicht zur Verfügung stehen und die CDU-Fraktion

wäre einer Stimme beraubt.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** machte darauf aufmerksam, dass Herr Müller erst jetzt an der Sitzung teilgenommen und die Verwaltung heute über die neue Tätigkeit von Herrn Müller erfahren habe.

Abschließend äußerte sich **Herr Müller, CDU-Fraktion**, dahingehend, dass er als persönlicher Referent des Ministers arbeite und er in dieser Tätigkeit keine Aufgaben der unmittelbaren Fach- und Rechtsaufsicht wahrnehme.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, verlas den Beschlussvorschlag der Verwaltung:  
*„Der Stadtrat beschließt, dass für den Stadtrat, Herrn Raik Müller kein Hinderungsgrund nach § 40 Absatz 1 Nummer 2 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt gegeben ist.“*

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, bat die Verwaltung um die konkrete Nennung der rechtlichen Regelungen aus dem neuen Kommunalverfassungsrecht Sachsen-Anhalt, auf welche sich in diesem Fall bezogen werde.

Dazu teilte **Herr Schreyer** mit, dass die derzeitige Rechtslage nach § 40 Absatz 1 bestimme, dass Beamte und Arbeitnehmer, die vorbereitend oder entscheidend unmittelbar Aufgaben der Rechts- oder Fachaufsicht oder der Rechnungsprüfung über die Gemeinde wahrnehmen, nicht Gemeinderäte sein können.  
Im Absatz 2 werde festgeschrieben, dass Hinderungsgründe nach Absatz 1 durch den Gemeinderat festzustellen sind. Insoweit müsse darüber ein Beschluss getroffen werden.

In Bezug auf den Beschlussvorschlag der Verwaltung merkte **Herr Krause, SPD-Fraktion**, an, dass der Stadtrat in dem vorliegenden Fall nicht beschließen könne, sondern die Formulierung dahingehend geändert werden müsse: *„Der Stadtrat stellt fest . . . „*

**Herr Müller** wies darauf hin, dass er an der Abstimmung nicht teilnehmen werde.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Bartl** bat um Abstimmung des so geänderten Beschlussvorschlages.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat stellt fest, dass für den Stadtrat, Herrn Raik Müller, kein Hinderungsgrund nach § 40 Absatz 1 Nr. 2 Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt gegeben ist.

**zu 7.6 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Ausbau der Internetgeschwindigkeit in der Stadt**  
**Vorlage: V/2014/12617**

---

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, begründete den Antrag mit der Schaffung von Voraussetzungen zum Ausbau des Voranbringens der Internetgeschwindigkeit in der Stadt.  
Die Stadt sollte versuchen, die noch nicht ausreichend angeschlossenen Bereiche der Stadt dementsprechend auszurüsten. Auch sei es die Aufgabe der Kommune, mit privaten

Anbietern zu reden und diesen über Mittel aus dem Breitbandfond die Chance zu geben, wirtschaftlich einen Anschluss der einzelnen Hauseinrichtungen vorzunehmen.

Die gegenwärtige Antwort der Stadtverwaltung könne er nicht nachvollziehen, da in dieser davon ausgegangen werde, für 360.000 Euro die Feststellung zu treffen, wo in der Stadt die Internetversorgung nicht ausreiche.

Seiner Auffassung nach könne schon jetzt auf einschlägigen Seiten im Internet das Stadtgebiet der Stadt Halle mit den jeweiligen Geschwindigkeiten, die die jeweiligen Kabel hergeben nachgelesen werden.

Er halte die Ausgabe von 360.000 Euro für die Feststellung der Unterversorgung, ohne dass eine bessere Verbindung hergestellt werde, für Verschwendung. Stattdessen sollten in diesen Bereichen die Leitungen gelegt und dafür gesorgt werden, dass die Stadt Halle konkurrenzfähig mit den Dörfern im Saalekreis wird.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**

**Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung,*

- 1. für alle Gebiete der Stadt Halle (Saale), in denen noch kein kabelgebundenes Internet mit mindestens 25 MBit/s (= 3 MByte/s) verfügbar ist, dies öffentlich auszuschreiben und mit Mitteln aus dem Breitbandfonds des Landes Sachsen-Anhalt zu unterstützen,*
- 2. zu prüfen inwieweit ein Ausbau auf 200 MBit/s (= 25 MByte/s) in Zusammenarbeit mit privaten Anbietern realisiert werden kann.*

**zu 7.7     Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Entwicklung einer Schulhofkonzeption für die kommunalen Schulen  
Vorlage: V/2014/12616**

---

Der Antrag wurde von **Herrn Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, dahingehend begründet, dass eine umfassende Betrachtung des Zustandes nicht nur der Schulhöfe, sondern insgesamt der Pausen- und Freizeitmöglichkeiten notwendig sei.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**geänderter Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt,

für die Pausen- und Freistundengestaltung der Schülerinnen und Schüler eine Konzeption für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale) zu erstellen und **erste Ergebnisse** dem Stadtrat bis Juni **November** 2014 vorzulegen.

In der Konzeption sollen bestehende Defizite (z. B. bei der Schulhofgestaltung oder bei sonstigen Angeboten für Freistunden) und notwendige Maßnahmen zu deren Beseitigung dargestellt werden. Gleichzeitig sollen Prioritäten für die zeitliche Umsetzung dieser Maßnahmen gesetzt werden. Die Schulleitungen und Schülervertretungen der Schulen sind bei der Konzepterstellung in geeigneter Weise zu beteiligen.

**zu 7.9 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Erstellung einer Analyse über die Leistungsfähigkeit der Saalesparkasse  
Vorlage: V/2014/12753**

---

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, merkte an, dass seine Fraktion zwar die in der Stellungnahme der Verwaltung dargelegten Bedenken teile, aber dennoch den Antrag mehrheitlich beschließen lassen möchte.

Um die offenen Fragen zu klären und über die Stellungnahme der Verwaltung zu diskutieren verwies Herr Wolter den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Finanzausschuss.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, zweifelte die Verweisung an, da es sich um einen nicht zulässigen Antrag handelt. Weiterhin machte er darauf aufmerksam, dass die Sparkasse einer anderen Gesetzgebung unterliege und es noch einen Mitgesellschafter gäbe, dessen Interessen zu beachten wären.

**Herr Misch, CDU-Fraktion**, teilte mit, dass der Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM fristgemäß zur letzten Stadtratssitzung eingebracht wurde und die Verwaltung empfahl, die Behandlung des Antrages auf die nächste Sitzung zu vertagen, da noch Abstimmungsbedarf mit der Sparkasse bestand.

Der Abstimmungsbedarf belief sich dann auf die Feststellung, dass die Umsetzung des Antrages die Rechte der Saalesparkasse nach § 3 Absatz 1 Sparkassengesetz Land Sachsen-Anhalt verletze.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies in diesem Zusammenhang auf die ausführliche Begründung in der Stellungnahme der Stadtverwaltung.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, machte deutlich, dass ein besonders Verhältnis zwischen der Stadt und der Saalesparkasse besteht und diese Verantwortung auch erkannt werden müsse, da die Saalesparkasse Bestandteil des städtischen Unternehmens sei.

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM  
in den  
**Ausschuss für Finanzen, städtischeeteiligungsverwaltung  
und Liegenschaften**

**Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat beschließt,*



dass die *BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) (BMA)* mit einer Analyse über die Leistungsfähigkeit der *Saalesparkasse* betraut wird.  
Die Ergebnisse der Analyse sind dem Stadtrat in seiner Sitzung im September 2014 vorzulegen.

**zu 7.10 Antrag des Stadtrates Manfred Sommer (MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM) für das Areal An der Spitze**  
**Vorlage: V/2014/12531**

---

**Herr Sommer, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, begründete seinen Antrag mit dem Vorschlag, für die verbliebenen Flächen auf dem Gebiet An der Spitze den Bebauungsplan weiterzuführen, weil damit die richtigen Voraussetzungen für eine zukünftige Bebauung geschaffen werden können.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt,*

1. *darzustellen, inwieweit der bestehende B-Plan Nr. 13 seine Rechtswirkung verloren hat,*
2. *für den vorhandenen Bebauungsplan Nr. 13 von 1996 zum Gesamtareal „An der Spitze“ ein neues Verfahren mit dem Ziel der Verabschiedung eines Satzungsbeschlusses einzuleiten (Bebauungsplan nach § 13a Baugesetzbuch), u.a. mit den Eckpunkten:*
  - *Art und Maß der baulichen Nutzung für das noch nicht bebaute Grundstück (neben dem künftigen Finanzamt)*
  - *Freiflächenkonzeption des gesamten Areals*
  - *Verkehrsflächenkonzeption des gesamten Areals*
3. *das geplante Vorhaben Neubau des Finanzamtes am Standort „An der Spitze“ unter Berücksichtigung des Beschlusspunktes 2 im Gestaltungsbeirat einzubringen.*

**zu 7.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung der Aufwertung der Saaleufer**  
**Vorlage: V/2012/10617**

---

In Bezug auf den Antrag ihrer Fraktion teilte **Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, mit, dass die Verwaltung eine positive Stellungnahme dazu abgegeben habe. Ihre Fraktion rechne jetzt damit, dass schon im kommenden Jahr die Aufenthaltsqualität an der Saale verbessert werde und sie bat um Unterstützung des Antrages.

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, äußerte sich dahingehend, dass bei der Erhöhung der Aufenthaltsqualität an der Saale auch Raum für gastronomische Nutzung geschaffen werden müsse.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Rahmen der angekündigten Erstellung eines Leitbilds für die Saale und den umliegenden Raum im Stadtgebiet Maßnahmen zur Steigerung der Aufenthaltsqualität dafür besonders geeigneter Uferbereiche zu prüfen und dem Stadtrat im Rahmen des Leitbilds vorzulegen.

**zu 8      Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 8.1      Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) in das Dual Career Netzwerk Mitteldeutschland  
Vorlage: V/2014/12801**

---

**Herr Lange, Fraktion DIE LINKE**, führte zum Antrag seiner Fraktion aus, dass die doppelte Karriere ein entscheidender Wettbewerbsfaktor, nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch in Unternehmen und vielleicht auch in der Stadtverwaltung sei. Er bat um Zustimmung des Antrages.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, bat um nähere Erläuterungen zum Netzwerk und fragte nach den Kosten für die Stadt. Desweiteren fragte er nach den neuen Aufgaben der Kommune, die sich mit dem Beitritt in das Dual Career Netzwerk ergeben würden.

**Herr Lange** teilte dazu mit, dass die Stadtverwaltung und die kommunalen Unternehmungen zum Beispiel bei der Berufung eines Wissenschaftlers/einer Wissenschaftlerin an die Universität nach Halle ein Arbeitsangebot für die Partnerin/den Partner des Wissenschaftlers machen können. Mit solchen Themen werde im Dual Career Netzwerk gearbeitet.

Bezüglich des Aufwandes konnte **Herr Lange** keine Angaben machen. Seiner Meinung nach sei es eine Serviceleistung zwischen den Institutionen und Einrichtungen.

**Herr Kley** verwies darauf, dass laut Aussage der Fachbereichsleiterin Wissenschaft die von Herrn Lange dargelegten Ausführungen zum Netzwerk Dual Career schon die Aufgabe des Fachbereiches wäre. Er sehe eine Notwendigkeit darin, nach außen darzustellen, welche Aufgaben die Stadt wahrnimmt, damit dafür nicht noch ein Antrag gestellt werden müsse.

**Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, verwies im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung.

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion  
in den  
**Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung  
sowie Beschäftigung**

**Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat möge beschließen:*

*Die Stadt Halle (Saale) und ihre kommunalen Unternehmen werden Mitglied im Dual Career Netzwerk Mitteldeutschland und unterstützen damit die Hochschulen des Netzwerks, insbesondere die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) im Wettbewerb um neue Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.*

**zu 8.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Behandlung von  
"Hochwasserhilfen im Haushalt"  
Vorlage: V/2014/12817**

---

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, zeigte sich mit der vorgeschlagenen Handhabung der Verwaltung zur Bearbeitung der im Beschlusspunkt 1 erforderlichen Maßnahmen einverstanden. Damit könne der Beschlusspunkt 1 entfallen und es liege jetzt nur noch der Beschlusspunkt 2 als eigentlicher Antrag zur Beschlussfassung vor.

**Herrn Bürgermeister Geier** sagte eine entsprechende Umsetzung durch die Verwaltung zu und **Herr Dr. Meerheim** zog im Namen seiner Fraktion den Beschlusspunkt 1 zurück.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**geänderter Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt:

- ~~1. Die Abwicklung der Hochwasserhilfen ist beginnend mit dem Haushaltsjahr 2015 in einem zeitweise, bis zur Schlussrechnung aller Hilfsleistungen, einzurichtendem Produkt zu veranschlagen und nachzuweisen. Insbesondere sind dort zu veranschlagen, Einnahmen aus den Hochwasserhilfsprogrammen, Transferaufwendungen für die Weiterleitung von Mitteln an Dritte, der mit der Abwicklung des Hochwasserhilfsprogramms verbundenen Verwaltungskosten. Soweit für die Antragsbewilligung und Verwendungsnachweisprüfung Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benötigt werden, sind diese im Stellenplan, als mit diesen Aufgaben betraut zu kennzeichnen. Soweit Beschäftigte nur mit Stellenanteilen für diese Aufgaben eingesetzt werden, ist dies in der~~

~~Produktbeschreibung gesondert auszuweisen und als Aufwand aus internen Leistungsbeziehungen im Produkt Hochwasserhilfen auszuweisen.~~

2. Der Oberbürgermeister berichtet dem Rat bis Juli 2014 über sämtliche, bis zu diesem Zeitpunkt, im Zusammenhang mit den Hochwasserhilfsprogrammen angefallenen Aufwendungen für die Stadt Halle. Insbesondere ist darzustellen, welche Beschäftigten mit der Abwicklung der Programme mit welchen Stellenanteilen betraut wurden. Diese Aufschlüsselung ist gegliedert nach Geschäftsbereichen, stellengenau nachzuweisen.

Anmerkung:

Der Antragsteller hat den Beschlusspunkt 1 zurückgezogen.

**zu 8.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Aufwertung der Gesamtanlage um den Taubenbrunnen in Halle-Neustadt  
Vorlage: V/2014/12818**

---

**Herr Lange, Fraktion DIE LINKE**, begründete den Antrag damit, dass der Taubenbrunnen in Halle-Neustadt seit einigen Jahren defekt sei und auch die Grünanlagen im Sinne einer besseren Wohn- und Aufenthaltsqualität verbessert werden müssen.

Der Antrag seiner Fraktion ziele darauf hin, das Gelände um den Taubenbrunnen entsprechend neu zu gestalten und den Brunnen in Gang zu setzen. Dafür sollten Fördermittel akquiriert werden und Herr Lange bat um Zustimmung des Antrages.

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, verwies im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten.

Zur weiteren Diskussion verwies **Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Finanzausschuss und in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** teilte die Zustimmung der Verwaltung zum Antrag mit.

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
in den

**Ausschuss für Planungsangelegenheiten**

und

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion

in den

**Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten**

und in den

**Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung  
und Liegenschaften**

**Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat beschließt:*



4. Die Verwaltung berichtet jährlich über die Entwicklung des städtischen Immobilienbestandes, einschließlich des Sachstandes zur energetischen Sanierung (Energiebericht) und über die Umsetzung einer städtischen Immobilienstrategie.

**zu 8.5 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Vorlage einer Beschlussvorlage zur Änderung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes der Stadt Halle (Saale) und zur Ausweisung eines Nahversorgungszentrums Ammendorf  
Vorlage: V/2014/12811**

---

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, machte darauf aufmerksam, dass das Thema schon einmal im Rat vorlag und abschlägig beschieden wurde. Er verwies den Antrag zur weiteren Diskussion in den Planungsausschuss.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, fragte bei der Verwaltung nach der Zulässigkeit des Antrages, da nach seiner Meinung noch kein halbes Jahr seit Ablehnung des alten Antrages vergangen sei und es keine neuen Gesichtspunkte in dem neuen Antrag gäbe.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, merkte an, dass die Vorlage zum gleichen Thema im Oktober 2013 behandelt wurde und er bestätigte die Zulässigkeit des Antrages.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, bestätigte die Einhaltung der Frist zur Wiedervorlage und erläuterte, dass der Bedarf von den Bewohnern in diesem Gebiet sehr deutlich artikuliert wurde.

**Abstimmungsergebnis:** verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
in den  
**Ausschuss für Planungsangelegenheiten**

**Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat möge beschließen:*

*Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, eine Beschlussvorlage in die Gremien des Stadtrates einzubringen, die eine Änderung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes und als zusätzlichen zentralen Versorgungsbereich mit der Funktion eines Nahversorgungszentrums den Standort Ammendorf vorsieht.*

**zu 8.7 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu den Freihandelsabkommen TTIP und CETA  
Vorlage: V/2014/12804**

---

**Herr Bauersfeld, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, informierte darüber, dass das Thema zurzeit von der EU-Kommission verhandelt werde und zu befürchten sei, dass die Kommunen durch die Freihandelsabkommen Nachteile erleiden werden.

Da es schon Bemühungen des Deutschen Städtetages zur Offenlegung des Verhandlungsmandats und der Dokumente dazu gäbe, soll sich mit dem vorliegenden Antrag die Stadt Halle dazu positionieren, den Deutschen Städtetag dahingehend zu unterstützen, die Verhandlungsgegenstände offen zu legen und die Interessen der Kommunen zu wahren.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies in diesem Zusammenhang auf die von der Verwaltung abgegebene Stellungnahme zu diesem Antrag.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, begründete die Zustimmung seiner Fraktion zum vorliegenden Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM mit der großen Bedeutung des Themas auch für die Bürgerinnen und Bürger und dass es nicht verkehrt sei, wenn Kommunen das Anliegen des Deutschen Städtetags unterstützen und dies auch deutlich signalisieren.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, merkte an, dass seine Fraktion den ersten Punkt des Beschlussvorschlages unterstützen könnte, jedoch die im Punkt 2 geforderte völlige Offenlegung aller Verhandlungsdokumente nicht nachvollziehbar wäre. Aus diesem Grund bat er die Antragsteller um Nachbesserung des Beschlussvorschlages.

In Bezug auf die Ausführungen von Herrn Kley machte **Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, darauf aufmerksam, dass es eine entsprechende Positionierung des Deutschen Städtetages gäbe und die Formulierung in diesem Sinne vorgeschlagen wurde.

Zum gleichen Thema äußerte sich **Frau Dr. Sitte, Fraktion DIE LINKE**, mit dem Hinweis, dass es richtig sei, wenn ausdrücklich die gewählten Vertretungen diesem Beschluss beitreten.

In Bezug auf die Verhandlungslage teilte sie mit, dass es nicht möglich sein dürfe, dass die Kommunen keine Ahnung davon hätten, in welchem Verlauf und in welchem Stadium sich die Verhandlungen inhaltlich befinden.

Abschließend wies **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** darauf hin, dass sich die Frage gestellt werden müsse, ob es sich um eine Angelegenheit der örtlichen Gemeinschaft handelt, auch wenn unstrittig sei, dass diese Thematik unterstützt werden muss.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

### **Beschluss:**

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, den Deutschen Städtetag dahingehend zu unterstützen

- sich im Namen der Kommunen für die Wahrung kommunaler Interessen bei dem geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und dem Abkommen mit Kanada (CETA) zu positionieren und
- von der Bundesregierung und bei der EU-Kommission die sofortige Offenlegung aller Verhandlungsdokumente zu verlangen.

**zu 8.8 Antrag des Stadtrates Manfred Sommer (MitBÜRGER für Halle) zur Schaffung von Fahrradabstellanlagen an der Endhaltestelle Elsa-Brändström-Straße**

**Herr Sommer, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, begründete seinen Antrag mit der Wichtigkeit der Endhaltestelle als Verbindungsglied der nördlichen Stadtgebiete, wie der Südstadt mit dem südlichen Stadtgebiet der Silberhöhe.

**Frau Raab, FDP-Fraktion**, wies darauf hin, dass eine Prüfung schon erfolgt ist und durch die Verwaltung zugestimmt habe. Auch die finanziellen Auswirkungen seien dargestellt. Damit hätte sich der Prüfauftrag erledigt und müsste in eine Beschlussfassung umgewandelt und zur weiteren Diskussion in die entsprechenden Ausschüsse verwiesen werden.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und in welcher Form Fahrradabstellanlagen an der Endhaltestelle Elsa-Brändström-Straße errichtet werden können. Das Ergebnis soll dem Stadtrat bis zum 30. Juni 2014 vorgelegt werden

**zu 8.9 Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Durchführung eines Planspiels Kommunalpolitik**  
**Vorlage: V/2014/12809**

---

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, begründete ihren Antrag mit der erfolgreichen Umsetzung des Planspiels Kommunalpolitik im Jahr 2005 in Halle. Sie habe die Idee zur Durchführung des Kommunalspiels im Laufe der Wahlperiode noch einmal aufgenommen, mit der Erwartung einer Umsetzungsstrategie der Verwaltung, welche durch den Kinder- und Jugendbeauftragten mit in seinem Fachbereiche genommen werden könnte.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, verwies namens seiner Fraktion den Antrag in den Bildungsausschuss und in den Finanzausschuss.

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion  
in den  
**Bildungsausschuss**  
und in den  
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung  
und Liegenschaften**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt,*



*für die Durchführung eines Planspiels Kommunalpolitik mit Schülerinnen und Schüler ab 16 Jahren (und älter) weiterführende Schulen in der Stadt Halle (Saale) zu gewinnen und die Ausführung in der kommenden Wahlperiode des Stadtrates Halle (Saale) 2014 - 2019 vorzubereiten und zu unterstützen.*

**zu 8.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Stadtratsfraktion und der Fraktion DIE LINKE - Halle (Saale) wird Fairtrade-Stadt  
Vorlage: V/2014/12794**

---

**Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion**, bat um Zustimmung des Antrages, in welchem es darum gehe, den Bürgerinnen und Bürgern klar zu machen, dass es Fairtrade-Produkte gibt. Es sei ein Versuch, den Fairtrade-Gedanken an die Konsumenten weiterzugeben. Aus diesem Grund bat er um Zustimmung des Antrages.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** erläuterte die Stellungnahme der Verwaltung und führte aus, dass die im Beschlussvorschlag der Fraktionen geforderte Verpflichtung der Stadt nicht erfüllbar sei und er deshalb den vorliegenden Änderungsantrag eingebracht habe.

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, schloss sich den Ausführungen von Herrn Dr. Wend an. Er unterstütze ausdrücklich das Anliegen eines fairen Handels und teile die Auffassung, dass die Bürgerinnen und Bürger darüber informiert sein müssen, wo faire Produkte angeboten werden.

Vor diesem Hintergrund könne er die Stellungnahme der Stadtverwaltung nicht nachvollziehen. Wenn ein gemeinsames Anliegen bestehe, dann müsse auch die Stadt die Bereitschaft zur Umsetzung der entsprechenden Schritte zeigen.

Mit Verweis auf die Ausführungen von Herrn Wehrich machte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** deutlich, dass man zwar ein gemeinsames Anliegen habe, jedoch die im Beschlussvorschlag geforderten Punkte nicht durchführbar seien. Aus diesem Grund habe er auch den Änderungsantrag eingereicht.

**Frau Raab, FDP-Fraktion**, äußerte sich dahingehend, dass die Stadtverwaltung zum Thema Fairtrade keinen Erziehungsauftrag für die Bürgerinnen und Bürger habe.

Ihrer Meinung nach sei der Antrag mit einem hohen Arbeitsaufwand für die Verwaltung verbunden und man rede gleichzeitig über Aufgabenkritik und Stellenabbau in der Stadtverwaltung, was nicht miteinander vereinbar wäre.

Zu den Anmerkungen von Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte sie deutlich, dass konsequenterweise der Antrag von der Verwaltung hätte abgelehnt werden müssen, da die mit dem Änderungsantrag gestrichenen Kriterien zur Kampagne gehören und nicht einfach weggelassen werden können.

**Frau Fleischer, FDP-Fraktion**, ergänzte die Informationen von Frau Raab und stellte fest, dass es schwierig sei, die im Antrag genannten fünf Punkte so durchzusetzen, wie dies

gewollt sei. Ebenso wie Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sah auch sie die Undurchführbarkeit der Forderungen aus dem Antrag an die Stadtverwaltung.

Zur weiteren Diskussion verwies **Frau Fleischer** den Antrag im Namen ihrer Fraktion in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung.

Auch **Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, sprach sich für eine weitere Diskussion zur möglichen Umsetzung des Antrages aus. Es müsse sich darauf verständigt werden, was die Stadt überhaupt dazu leisten kann.

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der FDP-Fraktion  
in den  
**Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung  
sowie Beschäftigung**

**Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat beschließt die Beteiligung der Stadt Halle (Saale) an der internationalen Kampagne „Fairtrade-Towns“ und strebt den in Deutschland von TransFair e.V. verliehenen Titel „Fairtrade-Stadt“ an. Gleichzeitig verpflichtet sich die Stadt, die zur Erlangung des Titels erforderlichen Kriterien zu erfüllen und sich mit mindestens einer Vertreterin/ einem Vertreter der Stadt an den regelmäßigen Treffen der koordinierenden lokalen Steuerungsgruppe zu beteiligen. Über die Aktivitäten auf dem Weg zur Fairtrade-Stadt wird entsprechend regelmäßig auf der städtischen Homepage informiert. Die Verwaltung wird beauftragt, die finanziellen Auswirkungen der Erlangung des Titels „Fairtrade-Stadt“ für die Stadt zu ermitteln.*

**zu 8.10.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Stadtratsfraktion und der Fraktion DIE LINKE - Halle (Saale) wird Fairtrade-Stadt (V/2014/12794)  
Vorlage: V/2014/12865**

---

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der FDP-Fraktion  
in den  
**Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung  
sowie Beschäftigung**

**Beschlussvorschlag:**

*Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:*

~~Der Stadtrat beschließt die Beteiligung der Stadt Halle (Saale) an der internationalen Kampagne „Fairtrade-Towns“ und strebt den in Deutschland von TransFair e.V. verliehenen Titel „Fairtrade-Stadt“ an. Gleichzeitig verpflichtet sich die Stadt, die zur Erlangung des Titels erforderlichen Kriterien zu erfüllen und sich mit mindestens einer Vertreterin/ einem Vertreter der Stadt an den regelmäßigen Treffen der koordinierenden lokalen Steuerungsgruppe zu beteiligen. Über die Aktivitäten auf dem Weg zur Fairtrade-Stadt wird entsprechend regelmäßig auf der städtischen Homepage informiert. Die Verwaltung wird beauftragt die finanziellen Auswirkungen der Erlangung des Titels „Fairtrade-Stadt“ für die Stadt zu ermitteln.~~

**zu 8.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sicherstellung der Angebote für eine selbstbestimmte Geburt in Halle  
Vorlage: V/2014/12810**

---

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, erläuterte zum Hintergrund des Antrages, dass es gerade in Halle den Auftrag gäbe, darauf zu schauen, wie der Tätigkeitsbereich der Hebammen unterstützt werden könne. Dies sei notwendig, da die Krankenkassen und Sozialversicherungsträger höhere Schadenssummen in den letzten Jahren eingeklagt und damit zu den immensen Steigerungen um 700 % beigetragen hätten.

Bezüglich der Stellungnahme der Verwaltung zeigte sie Unverständnis darüber, dass diese in der Begründung zwar positiv dargestellt, abschließend aber eine ablehnende Aussage zum Sachverhalt getroffen wurde.

**Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion**, sprach sich im Namen ihrer Fraktion für die Ablehnung des Antrages aus, da die Stadtverwaltung für dieses Thema nicht zuständig sei und im Sinne der werdenden Mütter eine Hausgeburt nicht bevorzugt werden sollte.

Zum gleichen Thema stellte **Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion**, fest, dass es in der Stadt eine sehr gute Versorgung mit zwei Geburtskliniken, vier Geburtshäusern und vielen freischaffenden Hebammen gäbe und es nicht notwendig sei, dass die Stadt eine Konzeptgruppe initiiert. Gemeinsame Gespräche und Abstimmungen sollten auch ohne das Zutun der Stadt möglich sein.

Im Namen seiner Fraktion teilte **Herr Dr. Wend** die Ablehnung des Antrages durch seine Fraktion mit. Die Stadt habe keine Einflussmöglichkeiten auf die Problematik, welche über die Träger, die Kliniken, die Hebammen und die entsprechenden Berufsverbände geklärt werden müsse.

Auch **Herr Kley, FDP-Fraktion**, zeigte sein Unverständnis für den Antrag. Es habe schon vor Jahren Diskussionen zu diesem Thema gegeben. Und momentan gäbe es immer noch Gespräche zwischen den Krankenkassen und den Hebammen zur Erhöhung der Vergütung zur Berufshaftpflicht.

Die Stadt sei in diesem Bereich an keiner Stelle zuständig.

**Frau Dr. Brock** machte noch einmal deutlich, dass es im Antrag um den ganzen Berufsstand der Hebammen sowie um die Wahlfreiheit und Unterstützung von Familien durch Hebammenbesuche auch zu Hause gehe.

**Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion**, merkte an, das laut ihren Erfahrungen in den Kliniken schon intensiv mit den Hebammen zusammengearbeitet wird und sie keinen Beitrag der Kommune zu dieser Thematik sehe. Aus diesem Grund könne ihre Fraktion den Antrag nur ablehnen.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, beantragte wegen Nichtzuständigkeit das Ende der Debatte.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Krause auf Beendigung der Diskussion.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

Damit wurde die Debatte beendet und **Herr Bartl** bat um Abstimmung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sicherstellung der Angebote für eine selbstbestimmte Geburt in Halle.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt,*

- 1. zu prüfen, wie der Erhalt und Ausbau inner- und außerklinischer Angebote für eine selbstbestimmte Geburt in Halle durch die Stadt unterstützt werden kann.*
- 2. eine städtische Konzeptgruppe zur Förderung selbstbestimmter Geburt in Halle (Saale) mit Beteiligung des Deutschen Hebammenverbandes e.V., der Geburtshäuser und der Geburtsabteilungen der halleschen Kliniken zu initiieren.*

**zu 8.12 Antrag des Stadtrates Olaf Sieber (fraktionslos) zur Anpassung der Entfernung zwischen Wohnung und Haltestelle  
Vorlage: V/2014/12798**

---

**Herr Sieber, fraktionslos**, plädierte in seinem Antrag dafür, dass spätestens zum Fahrplanwechsel 2016 die Luftlinienentfernung zur nächsten Haltestelle in gering verdichteten äußeren Wohngebieten 500 m nicht überschreiten sollte.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, verwies im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Planungsausschuss und in den Finanzausschuss.

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE  
in den  
**Ausschuss für Planungsangelegenheiten**  
und in den  
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung  
und Liegenschaften**

### **Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat beschließt folgende Änderung der Festlegung 5.2.1 des Nahverkehrsplans spätestens zum Fahrplanwechsel 2016:*

*5.2.1 Die Luftlinienentfernung zur nächsten Haltestelle soll für mindestens 95 % der Fläche der überwiegend bebauten Gebiete (mit Ausnahme von Industrie- und Gewerbegebieten) innerhalb eines Stadtteils bzw. Stadtviertels folgende Werte nicht überschreiten:*

- 400 m im Stadtzentrum,
- 500 m in den zentrumsnahen verdichteten Wohngebieten und den Großwohnsiedlungen,
- 500 m in gering verdichteten äußeren Wohngebieten.

### **zu 8.13 Antrag des Stadtrats Olaf Sieber (fraktionslos) zur Schaffung barrierefreier Einstiege an allen nicht straßenmittig gelegenen Bushaltestellen Vorlage: V/2014/12828**

---

**Herr Sieber, fraktionslos**, erläuterte seinen Antrag dahingehend, dass mit Rücksicht auf die vielen älteren und bewegungseingeschränkten Bürgerinnen und Bürger die von ihm aufgezeigten Haltestellen in den nächsten Jahren barrierefrei aufgewertet werden sollen.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffs der Barrierefreiheit von Haltestellen und fragte nach, ob die von der Verwaltung benannte Vorgabe nach Personenbeförderungsgesetz einzuhalten sei. Wenn es keine Wahlmöglichkeit für die Verwaltung gäbe und es eine gesetzliche Umsetzungspflicht gibt, wäre der Antrag von Herrn Sieber hinfällig. Die Stadt sei dann sowieso in der Pflicht, bis zum Jahr 2022 die Barrierefreiheit voll umfänglich herzustellen.

Desweiteren machte **Herr Dr. Meerheim** darauf aufmerksam, dass die von Herrn Sieber geforderte Bereitstellung der Barrierefreiheit an den Haltestellen bis Ende 2018 aus finanzieller Sicht nicht umzusetzen sei.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, teilte mit, dass die von der Verwaltung genannte Vorgabe wahrscheinlich umgesetzt werden muss und sich die Verwaltung dahingehend noch einmal in Kenntnis setzen werde.

Im Namen seiner Fraktion verwies **Herr Dr. Meerheim** den Antrag in den Planungsausschuss und in den Finanzausschuss, mit der Bitte an die Verwaltung, in den Ausschusssitzungen die notwendigen Zahlen und Jahresscheiben vorzulegen, um diese mit in die Finanzplanung aufnehmen zu können.

### **Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE  
in den

**Ausschuss für Planungsangelegenheiten**

und in den

**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung  
und Liegenschaften**

### **Beschlussvorschlag:**

*An allen nicht straßenmittig gelegenen Bushaltestellen sollen bis Ende 2018 die Einstiegsmöglichkeiten in einer der folgenden Varianten ausgebaut werden:*

- a) komplett barrierefrei ausgebaute Bushaltestelle*
- oder*
- b) eine barrierefreie Einstiegsmöglichkeit für mindestens eine (mittlere) Bustür.*

## **zu 9 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

### **zu 9.1 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zu Parkmöglichkeiten für Hebammen Vorlage: V/2014/12803**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

### **zu 9.2 Anfrage der Stadträte Andreas Schachtschneider (CDU-Fraktion) und Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zur Durchführung/Genehmigung von Spontanpartys Vorlage: V/2014/12802**

---

**Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, brachte sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass von den Stadträten gestellte Fragen von der Verwaltung so kurz mit nichtsagenden Floskeln abgehandelt werden.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** teilte die Auffassung von Herrn Scholtyssek nicht, da die Beantwortung der Fragen durch die Verwaltung erfolgt ist. Eine Diskrepanz könne er nicht erkennen.

### **zu 9.3 Anfrage der Stadträtinnen Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE), Sabine Wolff (Fraktion NEUES FORUM) und des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zur Situation der Leitungsarbeit in Kindertagesstätten Vorlage: V/2014/12716**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

### **zu 9.4 Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE) zur Rattenplage**

**im Reusenweg (Heide-Nord)**  
**Vorlage: V/2014/12819**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.5      Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE) zur Spielfläche  
Reusenweg  
Vorlage: V/2014/12820**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.6      Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zum Einsatz von Politessen  
Vorlage: V/2014/12812**

---

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, machte deutlich, dass aus der Antwort der Verwaltung zur Frage der Gewährleistung des Einsatzes von Politessen für den ruhenden Verkehr nicht hervorgehe, in welcher Zuständigkeit die Ordnungskräfte der Stadtwache kontrollieren.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** teilte dazu mit, dass die Ordnungskräfte der Stadtwache gleichzeitig den ruhenden Verkehr im gesamten Stadtverkehr kontrollieren und dabei auch Verstöße feststellen.

**zu 9.7      Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Situation auf dem Wohnungsmarkt in  
Halle  
Vorlage: V/2014/12813**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.8      Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Zahlung von Zulagen  
Vorlage: V/2014/12814**

---

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, informierte darüber, dass die Anfrage zwar beantwortet wurde, aber seine Fraktion noch Nachfragen nach den Zulagen stellen werde.

**zu 9.9      Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zum Versand der  
Wahlbenachrichtigungen für die Kommunal- und Europawahl  
Vorlage: V/2014/12815**

---

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, machte darauf aufmerksam, dass die Antwort der Verwaltung zu den Anfragen seiner Fraktion nicht schlüssig sei.

In Bezug auf die Antwort der Verwaltung, dass der getrennte Versand der Wahlbenachrichtigungen Mehrkosten in Höhe von 30.000 Euro verursache, fragte er an, ob es nicht ratsam wäre, eine Software anzuschaffen, welche die 30.000 Euro ersetzen würde.

**Herr Bürgermeister Geier** antwortete dahingehend, dass die Verwaltung an der Stelle keinen Handlungsspielraum hätte, da dies durch einen Erlass des Landeswahlleiters ermöglicht werden müsste. Hierin sei eine getrennte Verschickung der Wahlbenachrichtigungen festgelegt.

Wenn über die Erlasslage eine gemeinsame Verschickung möglich wird, könne die Anschaffung der 30.000 Euro teuren Software gerechtfertigt werden.

---

**zu 9.10    Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Bearbeitungszeit des Elterngeldes  
Vorlage: V/2014/12734**

---

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, äußerte sein Unverständnis über die Antwort der Verwaltung. Wenn die Personaldecke in diesem Bereich nicht ausreichend sei, hätte er erwartet, dass die Verwaltung dafür Sorge trage, den notwendigen Personalstandard schnellstmöglich wieder herzustellen.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, teilte mit, dass jetzt kurzfristig noch Personal, in Form einer zusätzlichen Stellenbesetzung aus dem Bereich Jobcenter in den Bereich Bundeselterngeld, zugeordnet werden konnte.

Abschließend wies **Herr Krause** darauf hin, dass die Bürgerinnen und Bürger Leistungsanspruch berechtigt seien und es nicht sein kann, dass die Abteilung fast einen Monat nicht erreichbar ist.

---

**zu 9.11    Anfrage der Stadträtin Hanna Haupt (SPD-Stadtratsfraktion) zur Immobilie des ehemaligen Kreiswehrrersatzamtes  
Vorlage: V/2014/12597**

---

Die Antwort der Verwaltung erfolgt im Juni 2014.

---

**zu 9.12    Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (Fraktion NEUES FORUM) zum Hufeisensee  
Vorlage: V/2014/12822**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

---

**zu 9.13    Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verwaltung der Natura 2000 Gebiete im Stadtgebiet**



**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, führte aus, dass aus der Antwort der Verwaltung hervorgehe, dass die Situation in Bezug auf Verwaltung von Natura 2000 Gebieten unbefriedigend sei und alle Landkreise und kreisfreien Städte mit der Aufgabe überfordert seien.

In diesem Zusammenhang regte er an, sich mit dem Städte- und Gemeindebund in Verbindung zu setzen, um eventuell eine Entspannung der Situation herbeizuführen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** stimmte dem zu.

---

**zu 9.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Umsetzungsplänen für Radverkehrs- und Gehwegmaßnahmen  
Vorlage: V/2014/12824**

---

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, zeigte sich mit der Antwort der Verwaltung nicht einverstanden, da die Anfragen seiner Fraktion nicht ausreichend beantwortet worden sind. Er bat darum, dies in der nächsten Sitzung nachzuholen.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, verwies auf die Antwort der Verwaltung, dass dem Stadtrat im Juni eine Prioritätenliste für die Sanierung von Gehwegen vorgelegt werde. Anhand der Prioritätenliste könne dann der Stadtrat im Rahmen der Haushaltsaufstellung entscheiden, welche Projekte umgesetzt werden und diese mit finanziellen Mitteln zu untersetzen.

---

**zu 9.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stand der B-Planverfahren Nr. 152 „Wohngebiet am Sophienhafen, Südseite“ und Nr. 153 „Hafenstraße Westseite“  
Vorlage: V/2014/12825**

---

Die Antwort der Verwaltung erfolgt im Juni 2014.

---

**zu 9.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zur Richtlinie zum Bau von Fahrradabstellanlagen  
Vorlage: V/2014/12826**

---

In Bezug auf die Antworten der Verwaltung zu den Anfragen seiner Fraktion merkte **Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, an, dass die Fragen zum Bau von Fahrradabstellanlagen nicht ausreichend von der Verwaltung beantwortet worden sind.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** machte deutlich, dass eine präzise Beantwortung erfolgte.

## **zu 10      Mitteilungen**

---

### **zu 10.1    Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm (AMIP) des Jobcenters Halle (Saale) 2014 Vorlage: V/2014/12519**

---

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

### **zu 10.2    Quartalsbericht I/2014 Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG Vorlage: V/2014/12687**

---

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

## **zu 10.3    Mitteilungen zu personalwirtschaftlichen Maßnahmen**

---

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

## **zu 11      mündliche Anfragen von Stadträten**

---

*Auf schriftlichen Antrag der SPD-Fraktion wurde zum gesamten TOP 11 ein Wortprotokoll erstellt.*

### **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**

Zum Tagesordnungspunkt 11. Es sind mündliche Anfragen schriftlich per E-Mail eingegangen. Einmal aus dem Wirtschaftsausschuss, da sind es acht Fragen. Ich gucke wieder in die Runde, wer antwortet?

### **Anfrage aus dem Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung zur Hochschulstrukturplanung**

---

*Zum besseren Verständnis sind die Fragen in die Niederschrift mit aufgenommen.*

- 1.) Wann wurde die Einladung des Wirtschaftsbeirats des Oberbürgermeisters an den zuständigen Minister ausgesprochen?*
- 2.) Wann wurden durch den Minister abgesagt?  
Ich bitte sie jeweils Einladung und Absage der Beantwortung beizulegen.*

- 3.) *Wurden Vertreter durch den Minister benannte?*
- 4.) *Wann haben welche Mitglieder des Wirtschaftsbeirates mit welchem Partner der Stadt Gespräche geführt?*
- 5.) *Ist es Sitte in der Stadt, Prozesse abzulehnen, auch wenn sie diese im Ansatz für falsch hält, nicht zu kommentieren?*
- 6.) *Wie beurteilt die Stadt das Anhörungsverfahren zum Hochschulstrukturkonzept?*
- 7.) *Kann die Stadt die Aufforderung des Ministeriums zur Abgabe einer Stellungnahme vorlegen?*  
*Ich bitte das Schriftstück beizulegen.*
- 8.) *Laut MZ vom 23.05.2014 unterstützt die Stadt den Sparkurs an der MLU. Mit welchen wirtschaftlichen Folgen rechnet Stadt für die heimische Wirtschaft?*

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Das waren die aus dem Bericht des Oberbürgermeisters.

Die Frage 1 ist beantwortet.

Die Frage 2 ebenfalls.

Vertreter durch den Minister wurde benannt, der nicht akzeptiert wird.

Frage 4 ist auch beantwortet, mit welchen Partnern Gespräche geführt worden.

Der Prozess ist kommentiert worden, Frage 5. deutlich auch kommentiert worden.

Frage 6 habe ich deutlich gemacht im Bericht, wie ich das Anhörverfahren zum Hochschulstrukturkonzept kommentiere, auch diese Frage habe ich vorhin beantwortet.

Die Aufforderung des Ministeriums zur Abgabe einer Stellungnahme vorliegend, ist vollständig auf halle.de abgedruckt, also ja.

Es gibt, Frage 8, eine Berechnung im Hinblick auf die wirtschaftliche Darstellung der Universität selber. Das ist eine umfassende Studie. Die liegt vor. Da sind die entsprechenden Auswirkungen auf die heimische Wirtschaft dargestellt. Die könnte ich Ihnen zur Verfügung stellen, wenn Sie sie nicht schon haben.

Und dann zu Ihren Fragen.

Frage 1. Warum wurde die Stellungnahme der Stadt zur Hochschulstrukturplanung nicht in der erforderlichen Frist beim Land Sachsen-Anhalt eingereicht?

Das ist auch hinlänglich diskutiert. Das ist ein Büroversehen gewesen. Das war ein Büroversehen. Es ist eine Anfrage gekommen, eine E-Mail eines Abteilungsleiters, mit vier, fünf Anlagen hinten und es war die fünfte Anlage. Das ist übersehen worden.

Ich habe es vorhin nicht ausgeführt, aber jetzt, wo die Frage so klar ist.

Normalerweise gehört es sich dann, entsprechend nachzufragen, noch dazu man einen Vertreter dort unmittelbar im Ministerium auch sitzen hat, der hier in der Stadt Halle auch wohnt. Das ist nicht geschehen.

Also von daher ist es ein Büroversehen. Aber als wir es signalisiert bekommen haben, haben wir die Stellungnahme unverzüglich nachgeholt, die auch schon vorbereitet war. Denn das wollten wir ja auch mit dem Minister auch entsprechend diskutieren.

Zweitens. Warum unterstützt die Verwaltung in der veröffentlichten Stellungnahme zur Hochschulstrukturplanung des Landes den Kürzungskurs der Landesregierung, obwohl der Stadtrat mit seinen Beschlüssen eine eindeutige Position dagegen bezogen hat?

Das habe ich vorhin im Bericht des Oberbürgermeisters ausführlich erläutert im Hinblick auf den Aufbau des Gesamtkonzeptes. Und dazu habe ich bereits Position bezogen.

### **Herr Bartl**

Wir beginnen jetzt mit den Fragen.

Und Herr Lange war der schnellste. Aber Herr Lange bleiben Sie mal noch ganz kurz sitzen, das geht dann für mich einfacher.

Herr Dr. Fikentscher hat auch Fragen, als zweiter. Ich gehe rüber, Frau Dr. Bergner, Herr Wehrich, Herr Feigl und Frau Dr. Brock. Und Herr Scholtyssek ist Gentleman und hängt sich hinten dran.

Jetzt ist Herr Lange dran, bitte.

### **Anfrage Herr Lange, Fraktion DIE LINKE zur Hochschulstrukturplanung**

---

#### **Herr Lange, Fraktion DIE LINKE**

Herr Oberbürgermeister, ich finde nicht, dass Sie die Frage beantwortet haben, die ich gestellt habe.

Denn ich habe nochmal konkret auf die Stellungnahme des Stadtrates abgehoben. Und Sie sagen jetzt, na ja, ich nehme trotzdem Stellung und finde erst mal den Kürzungskurs der Landesregierung richtig. Und schreiben dann in Ihre Stellungnahme hinein, weil es die Strukturen erst mal überhaupt in Bewegung gesetzt hat.

Und dann haben Sie auch vorhin nochmal in Ihrer Stellungnahme auf die Verwaltungsstrukturen der Hochschulen, haben Sie darauf nochmal reflektiert. Auch in Ihrer Stellungnahme.

Jetzt frage ich Sie, erstens, woher kennen Sie denn so interne Verwaltungsstrukturen der Hochschulen so gut, dass Sie wissen, dass es da so ineffizient ist, dass der Finanzminister da eben mal 50 Mio. aus dem System rausnehmen kann?

Das ist ja das, worauf Sie sich beziehen, wenn Sie sagen, das hat es erst mal in Bewegung gebracht. Das ist meine erste Frage.

Und es tut mir leid. Zu dem ganzen Vorgang, erstens Ihr Abheben, das wäre eine e-mail, das ist von einem Abteilungsleiter. Sie spielen das jetzt mal eben alles so runter. Man könnte auch einfach mal sagen, man hat einen Fehler gemacht, es tut uns leid.

Und auch eine zusammengezwimmerte Stellungnahme, die der Uni am Ende und den Protestierenden noch in den Rücken fällt, die war vielleicht auch nicht gerade gewinnbringend.

Auch so könnte man ja reagieren.

Und eins sage ich hier noch mal ganz deutlich, ich kann mir das nicht verkneifen. Ich finde das alles gut, wie Sie das mit dem Deich vorangebracht haben. Aber mit dem gleichen Engagement würde ich mir wünschen, dass Sie sich für unsere Kultureinrichtungen stellen und mit dem gleichen Engagement sich auch vor unsere Hochschulen stellen.

Es ärgert mich, dass Herr Trümper in Magdeburg eine so gute Lobbyarbeit macht und Sie es nicht hinbekommen, hier mal eine Stellungnahme und dann auch noch eine fundierte Stellungnahme abzugeben.

### **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Herr Lange, was mich besonders ärgert ist, dass Sie in einer Art und Weise hier Position beziehen, wo Sie selber als Landtagsabgeordneter diese Position ganz anders vertreten müssen.

Und wenn Sie all diese Diskussionen, die Kürzungsdebatten im Landtag so vertreten hätten, dann wäre es gar nicht dazu gekommen.

Und jetzt in einer Position zu sagen, weil der OB, und das habe ich ja auch gesagt, dass es ein Büroversehen war, jetzt eine Zuordnung zu machen, so wie Sie es dargestellt haben, dass der OB an den Kürzungen noch Schuld ist und an der Landtagspolitik noch Schuld ist. Herr Lange, dann muss ich das deutlich zurückweisen. Die Art, wie Sie arbeiten auch innerhalb der Darstellung, kann ich so auch nicht akzeptieren.

### **Herr Bartl**

Herr Dr. Fikentscher hat das Wort.

### **Anfrage Herr Dr. Fikentscher zur Hochschulstrukturplanung**

---

Herr Oberbürgermeister, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren.

Ich knüpfe an das Thema gleich an. Ich stelle die Frage, sind Sie tatsächlich der Meinung, dass Ihre Stimme in diesem Land, der Landesregierung, so gering ist, dass Sie sich noch nicht mal die Mühe machen, ein solches Schreiben, vergleichbar mit dem, was in Magdeburg der Oberbürgermeister aufgesetzt hat, nach Magdeburg zu schicken?

Es ist doch klar, was wir hier schon mal besprochen haben. Wir sind selbst fast über unseren Schatten gesprungen, als wir uns ein wenig, wenigstens noch nach außen hin, eingemischt haben, in die Struktur der Universität. Eigentlich geht uns das hier nichts an im Stadtrat. Aber dieser Dreiklang Medienwirtschaft, MMZ und Kommunikationswissenschaften der Universität ist für die Stadt so wichtig, dass wenigstens an diesem Punkt der Oberbürgermeister dem Land gegenüber hätte deutlich machen müssen, Kürzungen können Sie selbst nicht rückgängig machen, können Sie auch nicht ausgleichen, aber es gibt immer noch Beweggründe.

Und selbst wenn es umsonst gewesen wäre, keine Wirkung gehabt hätte, aber wenigstens der Einsatz für diese drei zusammenhängenden Dinge. Wenigstens das hätte meiner Meinung nach, wäre notwendig gewesen.

Es könnte ja sein, dass das in Ihrem Büro verbummelt worden ist. Dann hätten wir sagen können, wir haben es verschlafen, wir schicken noch was hinterher.

Aber das Sie jetzt sagen, es ist alles richtig und bringt sowieso nichts. Das kann doch nur den Schluss zulassen, dass sie sagen, wenn der Oberbürgermeister von Halle sich meldet, da guckt sowieso keiner auf den Brief, das hat keine Wirkung.

Aber das kann es doch nicht sein. als Oberbürgermeister der größten Stadt des Landes.

### **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Herr Fikentscher, jetzt drehen Sie schon wieder die Wörter um. Genau das und das Eintreten für die drei Studiengänge habe ich getan. Das habe ich vorhin in dem Bericht sehr deutlich gemacht, an vielfältigen Stellen und in einer Art und Weise, die allesamt auch erreicht haben. Auch die Mitglieder der Landesregierung und die Mitglieder des Landtages.

Das, was Sie jetzt unterstellen, ist absolut daneben.

Weil, wir haben in allen Gremien, auch im Wirtschaftsbeirat, wir haben hier im Stadtrat und in allen Möglichkeiten der Demonstration, gerade für diese Studiengänge, ein gewaltiges Wort

ingelegt. Wir haben insgesamt rebelliert dagegen, dass die Martin-Luther-Universität, das Rektorat und diesbezüglich Ihre Beschlussfassung, nämlich den Stopp, ich weiß nicht, ob Sie vorhin zugehört haben, den Stopp im Immatrikulationsbereich dieser Studiengänge, dass dieses gestoppt werden sollte. Dieser Vorschlag kam vom Rektorat.

Wir haben insgesamt auf den Rektor eingewirkt und haben gesagt, machen sie diese Vorlage nicht an den Senat. Wir haben alles getan, damit der Senat dem nicht zustimmt.

Und so etwas zu unterstellen, Herr Fikentscher, da kann ich nur den Kopf schütteln. Und dass der Oberbürgermeister seine Aufgaben und diese Dinge nicht dargestellt hat, das muss ich zurückweisen. Ich habe das vorhin im Bericht deutlich gemacht.

Und das, was Sie hier machen, ist verdrehen von Tatsachen. Und das am einfachsten darzustellen, dass der Oberbürgermeister auch noch daran schuld ist, dass es eine Kürzungspolitik gibt und dass Studiengänge in der Martin-Luther-Universität gestrichen werden sollen und sich nicht dafür gegen einsetzt, dann ist das eine Art, Herr Fikentscher, da kann ich nur sagen, ich weiß nicht, wie Sie es insgesamt da, was Sie aufschnappen und wie Sie im Grunde genommen hier die Politik in der Stadt betreiben.

**Herr Bartl**

Die nächste Fragende ist Frau Dr. Bergner.

### **Anfrage Frau Dr. Bergner zur Grundschule in Oppin**

---

**Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion**

Ich habe eine Frage, die betrifft ein Anliegen der Grundschule Oppin, ist eigentlich nicht unser unmittelbarer Bereich. Aber Kinder von Halle gehen dort zur Schule, die evangelische Grundschule. Und da ist ein Hort angegliedert, der auch dringend nötig ist und es gibt jetzt nach dem neuen Kifög Regelungen, Absprachen, die von der Stadt Halle so nicht eingehalten worden sind, wie mir mitgeteilt.

Ich weiß jetzt nicht, ob es eine Finanzfrage oder jetzt hier am Bereich Soziales zu richten ist. Und da ist jetzt die Not ziemlich groß, weil die Zahlungen nicht kommen und die Trägervereine schon in zwei Monaten etwa vor dem finanziellen Aus stehen würden.

Also es wird anders gehandhabt in anderen Kommunen und in Halle steht es eben aus und die Erklärung würde ich gerne wissen.

**Herr Bartl**

Herr Kogge bitte.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**

Also ich kann jetzt dazu nicht allzu Konkretes sagen. Einfach weil mir der Fall nicht vorliegt.

Aber es gibt keine neuen Regelungen. Es sind maximal die Regelungen, dass die Eltern, beziehungsweise dann natürlich stellvertretend der Träger, bei uns einen Antrag stellen muss, dass wir die Kinder auswärts im Rahmen der Jugendhilfe finanzieren.

Das heißt, es gibt quasi einen Finanzierungsbereich im Kifög, der sagt, wenn Kinder außerhalb untergebracht sind, ich glaube auch an einer anderen Schule oder einem anderen Kindergarten in einer anderen Stadt, einem anderen Kreis besuchen, dann quasi gibt es einen Finanzierungsanspruch der vorher aber auch entsprechend geregelt werden muss.

Das müsste ich jetzt mal mitnehmen und gucken und dann werde ich sehen, ob es die Anträge gibt oder nicht. Ich höre es zum ersten Mal. Also wenn es wirklich so dramatisch ist, bei mir ist bis jetzt nichts angekommen.

**Herr Bartl**

Herr Weihrich bitte.

**Anfrage Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Gutachten Eissporthalle**

---

**Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Ja, zwei kurze Anfragen. Eine zur Eissporthalle. Wir haben ja alle der Presse entnommen, dass zwei unterschiedliche Gutachten kursieren, die zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen zur Schadenshöhe kommen. Da würde mich interessieren, wie die Stadt mit diesem Sachverhalt umgeht.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Die erste Frage war zur Eissporthalle. Die beiden Gutachten zumindestens werden vom Land ausgewertet und das Land wird dann entscheiden. Es ist im Baubereich des Landes und da werden wir eine Antwort bekommen, was entsprechend dann auch anerkannt wird.

Wir gehen jedenfalls davon aus, das möchte ich nochmal deutlich machen, dass das Gutachten, das eingereicht wurde von Seiten der Stadt, den umfassenden Schaden auch beinhaltet. Und das wird jetzt von Seiten des Landes überprüft.

**Anfrage Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zu einem Spielplatz auf dem Dautzsch**

---

**Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Die zweite Frage betrifft den Stadtteil Dautzsch.

Im Rahmen eines Podiums hat eine Bürgerin darüber geklagt, dass im Dautzsch kein Spielplatz existiert und in dem Zusammenhang auch darauf verwiesen, dass aus einem Gespräch, mit damals noch Frau Szabados, wohl hervorging, dass bei den ursprünglichen Plänen, die Weisenburger für diesen Bereich aufgestellt hat, auch ein Spielplatz mit eingeplant war, der aber nie realisiert worden wäre.

Ist Ihnen das bekannt? Oder wären Sie bereit, diesen Sachverhalt noch einmal aufzuarbeiten?

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**

Ja, Herr Weihrich, ich nehme das nochmal mit. Ich kann mich daran erinnern, an die Anfrage. Das war ein Thema. Ich lasse nochmal prüfen, ob wir diesen Anspruch auf diesen Spielplatz durchsetzen können. Das war ja die Frage des Anwohners. Es war glaube ich in den Verkaufsverträgen, es war vorgesehen.

Ich nehme das nochmal mit, ich prüfe das einfach. Dann bekommen Sie eine Antwort.

**Herr Bartl**

Und Herr Feigl hat das Fragewort.

**Anfrage Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Künstlerhaus 188**

---

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Ich möchte zum Themenkomplex 188, Künstlerhaus im Böllberger Weg fragen.

Also ungeachtet der Tatsache, dass Sie angekündigt haben, im nicht öffentlichen Teil nochmal darüber mit uns zu sprechen. Meine Frage.

Ist der Verkauf an die HAVAG mittlerweile vollzogen beziehungsweise in welchem Stadium des Verkaufes befinden wir uns derzeit?

Und zweitens. Sind die Aktivitäten, als Verkauf beziehungsweise auch Umzug der Nutzer des 188, sind diese Aktivitäten im Moment auf Eis gelegt beziehungsweise gestoppt worden, angesichts der Tatsache, dass der Abriss vom Land nicht genehmigt wurde?

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Wir wollen ja gemeinsam beraten, wie wir damit umgehen. Das werden wir im nicht öffentlichen Teil machen. Und auch die erste Frage, die Sie gestellt haben, würden wir im nicht öffentlichen Teil beantworten.

**Herr Bartl**

Frau Dr. Brock bitte.

**Anfrage Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Wirtschaftsbeirat**

---

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Ja, meine Nachfrage richtet sich an den Oberbürgermeister in Bezug auf den Wirtschaftsbeirat. Sie haben es ja vorhin auch wieder bei Ihrem Bericht betont, dass der also sogar heute früh oder so, getagt hätte. Egal.

Aber meine Frage ist, der ist im März installiert, die Mitglieder sind berufen, die Aufgaben sind benannt und es wurde eine Stadtratsvorlage angekündigt zu Erfolgshonoraren etc. Da würde mich mal interessieren, wann die kommt, wenn offensichtlich der Beirat schon intensiv arbeitet?

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Ich hatte es in der letzten Stadtratssitzung schon deutlich gemacht. Der Beirat berät ausschließlich den Oberbürgermeister. Und solange eine gesamte Wirtschaftskonzeption, wie ich ja im Bericht des OB auch zum aktuellen Stand vorgestellt habe, nicht da ist, können wir auch über solche Dinge nicht reden.

Das wird gemeinsam dann auch in den Gremien des Stadtrates und dem Stadtrat selbst dann beraten.

Die Vorlage insgesamt soll dann im September kommen.

**Herr Bartl**

Herr Scholtyssek bitte.

**Anfrage Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, zur Hochschulstrukturplanung**

---

**Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren. Ich möchte gern nochmal auf das Hochschulthema zurückkommen.

Und zwar, die Stellungnahme der Stadt ist ja auf der Homepage öffentlich einsehbar. Das ist aus meiner Sicht eine weitgehend nichtssagende Stellungnahme. Da steht nur drin, dass das



Strukturkonzept des Ministeriums nicht ausgewogen ist. Das ist die Kritik. Das kann man machen.

Es steht aber auch drin ein entscheidender Satz, der sich im Abdruck im Amtsblatt leider nicht wiederfindet. Und zwar steht da drin: „Der vom Finanzminister eingeschlagene Weg ist richtig.“

Da wäre die erste Frage, warum das im Amtsblatt nicht abgedruckt ist?

Und die zweite Frage. Sie verstoßen damit klar gegen einen Beschluss dieses Stadtrates, den wir am 24.04. diesen Jahres gefasst haben. Das war ein Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, CDU, SPD und FDP.

Da steht unter anderem drin im Beschlusspunkt 2: „Der Stadtrat protestiert daher entschieden gegen die Pläne der Landesregierung, die Finanzausweisungen an die Hochschulen zu kürzen. Der Stadtrat fordert die Landesregierung auf, die angekündigten Einsparungen im Landeshaushalt ab dem Jahr 2014 im Bereich der Hochschulen zurückzunehmen.“ Das ist ein klarer Handlungsauftrag. Dennoch schreiben Sie ans Ministerium: „Die Kürzungspolitik des Finanzministers ist richtig.“ Das verstehe ich nicht.

Und was ich auch nicht verstehe ist, warum die Stellungnahme der Stadt von Ihrer Büroleiterin unterschrieben wurde?

#### **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Da kann ich Ihnen die Antwort geben. Weil ein Abteilungsleiter schreibt, dann wird das auf den Ebenen entsprechend auch behandelt. Wir haben eine zweite Anfrage auch nicht bekommen.

Und zum Ersten kann ich Ihnen sagen, dass die Kürzungspolitik des Finanzministers, herrührend aus dem Bericht, den ich hier vorhin dargestellt habe, allgemein korrekt ist, der insgesamt ja in allen Bereichen, in allen Sparten Kürzungsvorschläge machen muss, weil eben eine solche Gesamtkonzeption fehlt.

Und das bezieht sich nicht ausschließlich auf den Hochschulbeschluss. Und deshalb habe ich gegen den Stadtratsbeschluss nicht verstoßen.

#### **Herr Bartl**

Herr Marquardt hat jetzt das Wort.

#### **Anfrage Herr Marquardt, Fraktion DIE LINKE, zur Hochschulstrukturplanung**

---

#### **Herr Marquardt, Fraktion DIE LINKE,**

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren.

Ich bin ein bisschen sehr betroffen von einem Teil der Fragen und auch vor allem der Antworten des Oberbürgermeisters. Ich darf das vielleicht kurz erklären.

Ich bin stellvertretender Personalratsvorsitzender an der Uni Halle und Senator. Und finde es deshalb schon sehr schwierig hier, wie mit den Themen umgegangen wird.

Mir ist vollkommen klar, dass, vielleicht dann auch noch vorweggeschickt, dass der Oberbürgermeister nicht verantwortlich ist für die Hochschulpolitik des Landes. Das ist klar. Er ist verantwortlich für die Politik der Stadt.

Deswegen meine ich, das muss viel deutlicher rüber kommen, was an der Universität in Halle passiert, was dort an Strukturänderungen passiert, was dort an Personalabbau passiert. Das hat unmittelbare Auswirkungen auf Sie alle, die hier sitzen, auf die Stadt Halle.

Und da finde ich, ist eine klare Position des Oberbürgermeisters, auch wenn da vielleicht mal eine Frist versäumt wird, unbedingt notwendig. Und nicht nur in der Art und Weise, wie es bisher passiert ist.

Fragen sind hier in dieser Stunde zulässig und deswegen will ich zwei Fragen stellen.

Erstens. Wenn Sie den Kurs des Finanzministers, und da wäre noch die Frage, welchen meinen Sie eigentlich? Den mit den 50 Mio. Euro oder den, der jetzt eingeschlagen worden ist, nach der Bernburger Vereinbarung? Wenn Sie den für richtig halten, würde es bedeuten, dass in der Größenordnung von mindestens zwei Fachhochschulen in diesem Land, Hochschuleinrichtungen zu schließen wären. Größenordnung.

Da das nicht machbar ist, würde das automatisch bedeuten, dass das an der Universität in Halle in Riesengrößenordnungen einschlägt.

Halten Sie das für richtig? Das ist nochmal konkret die Frage Nummer 1.

Die zweite Frage. Sie haben hier mehrfach vorhin erwähnt, dass Sie sich eingesetzt haben gegen die Schließung der Medien- und Kommunikationswissenschaften und Informatik. Nach der Hochschulstrukturplanung des Landes steht für die Universität Halle ja erstens eine Gesamtsumme drin. Das wurde eingangs auch schon erwähnt. Da sind wir bei ungefähr 20 Mio. Euro. Das würde es überhaupt gar nicht ausmachen, die Informatik und die Medienwissenschaften.

Da steht aber noch mehr drin. Da stehen die Geowissenschaften drin, das steht das Studienkolleg drin und da steht die Psychologie drin. Wie ist Ihre Position zu diesen Einrichtungen?

#### **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Die Fragestellungen, die Sie eben versucht haben zu beschreiben, beziehen sich natürlich darauf, was ist für die Stadt vorrangig, natürlich das Wesentliche.

Dass sich die Hochschule auch Fragen stellen muss, wie die Finanzierung aussieht und ob Überprüfmöglichkeiten an den Hochschulen dann auch machbar sind und möglich sind, ist aus meiner Sicht unbestritten.

Und deshalb halte ich den Kurs, nicht die Kürzungen der Studiengänge, das halte ich nicht für richtig, in der Art so vorzugehen. Das hat der Finanzminister auch nicht gesagt. Der Finanzminister hat gesagt: „Ich habe hier bestimmte Bereiche, die ich kürzen muss. Aber wie das geschieht, wie das umgesetzt wird und in welchen Bereichen, das ist Sache des Landes.“ Und das habe ich kritisiert.

Das Land muss deutlich sich zur Bildungs- und Hochschulpolitik bekennen. Und da sind wir ja im Grunde genommen auch nicht weit auseinander. Aber es schließt dennoch nicht aus, dass jeder Studiengang sich hinterfragen muss, dass geprüft werden muss, wie effektiv ist er, wie gut ist er und natürlich auch die Verwaltungsstrukturen in den Hochschulen zu hinterfragen sind.

Und das ist ein ganz normaler Prozess, den mussten wir auch machen. Den hat die Verwaltung auch durchgeführt. In unendlichen Sitzungen haben wir hinterfragt, wie und an welchen Stellen können wir uns effektivieren.

Und nichts anderes hat der Finanzminister auch deutlich gemacht. Er hat nämlich gesagt: „Bitte überprüft euch. Seit bereit auch mal hier zu gucken, welche Situation gibt es.“

Und ich möchte eins sagen. Wenn wir vom Erfolg ausgehen, dass alles, was wir in den letzten Monaten gemacht haben, jeder auf seiner unterschiedlichen Ebene, dann sind wir zum jetzigen Zeitpunkt erfolgreich.

Nichts ist passiert. Alle Studiengänge sind nach wie vor dabei. Es ist keine Kürzung bislang durchgeführt worden. Es sind Ankündigungen. Die Beratungen werden ja auch entsprechend nicht anerkannt.

Wir haben jetzt neue Möglichkeiten, mit den Mitteln, die jetzt im Hinblick auf 30 Mio. sich beziehen. Und deshalb können wir erneut arbeiten.

Wir haben verhindert, allesamt zusammen, jeder auf seinem Gebiet und jeder auf seine Art, wie er es gemacht hat. Da kann man kritisieren und sagen, ich hätte das anders machen sollen. Aber ich habe es vorhin versucht, im Bericht des OB es zusammenzufassen.

Wir haben immens gearbeitet und verhindert, dass deutlich auch an der Universität selbst dieser Studiengang mit den Abstimmungen, die im Senat durchgeführt worden sind, dass diese Studiengänge keinen Immatrikulationsstopp bekommen haben. Da haben wir mächtig gewirkt.

Und da bin ich auch mit dem Rektorat hart in Clinch gegangen. Wir haben den Rektor bei uns in die Beigeordnetenkonferenz eingeladen. Wir haben im nicht öffentlichen Teil deutlich gemacht, was wir diesbezüglich davon halten.

Und so halte ich es auch für richtig, dass weiter auch eine Überprüfung der Hochschule insgesamt und das bedeutet nicht nur die Studiengänge, um Gottes willen, das meine ich damit gar nicht, aber es bedeutet auch, dass die Hochschule sich in ihrer Verwaltungspolitik hinterfragt und dort auch Strukturen sich ansieht.

Und nichts anderes hat der Finanzminister gesagt. Und diese Politik unterstütze ich.

**Herr Bartl**

Herr Lange, jetzt haben Sie das Wort, das Fragewort.

#### **Anfrage Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, zur Hochschulstrukturplanung**

---

**Herr Lange, Fraktion DIE LINKE**

Nur der Hinweis, dass sich die Hochschulen seit zig Jahren permanent überprüfen und effektivieren und es hier seit Jahren Kürzungsdebatten gibt. Schon vor zehn Jahren wurden hier die Ingenieurwissenschaften abgewickelt.

Aber das war jetzt nur der Hinweis an den Oberbürgermeister.

Ich möchte zu den Fragen, die sich um die Hochschulen gedreht haben und zu dem Bericht des Oberbürgermeisters ein Wortprotokoll beantragen.

**Herr Bartl**

Gut, wird erledigt. Wir haben keine weiteren Fragen. Zumindest liegt mir keine Wortmeldung mehr vor.

*Ende des Wortprotokolls.*

#### **zu 12 Anregungen**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, informierte darüber, dass eine Anregung der SPD-Fraktion vorliege:

##### **zu 12.1 Anregung der SPD-Stadtratsfraktion zur Sicherheit in der Hanoier Straße Vorlage: V/2014/12816**

---

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

---

**Anregung Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Fairtrade**

---

**Herr Wehrich** regte an, den in den Wirtschaftsförderungsausschuss verwiesenen Antrag

**zu 8.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Stadtratsfraktion und der Fraktion DIE LINKE - Halle (Saale) wird Fairtrade-Stadt  
Vorlage: V/2014/12794**

noch auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung zu setzen und die Möglichkeit zu prüfen, diesen auf die Tagesordnung der nächsten Stadtratssitzung aufzunehmen.

Da festgestellt wurde, dass der Ausschuss in der jetzigen Legislaturperiode nicht mehr tagen wird, teilte **Herr Bartl** mit, dass der Antrag trotzdem seine Behandlung entsprechend finden wird.

**zu 13 Anträge auf Akteneinsicht**

---

Anträge zur Aktenansicht lagen nicht vor.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, beendete den öffentlichen Teil der 55. Sitzung des Stadtrates.

---

Dr. Bernd Wiegand  
Oberbürgermeister

---

Harald Bartl  
Vorsitzender des Stadtrates

---

Anja Schneider  
Protokollführerin